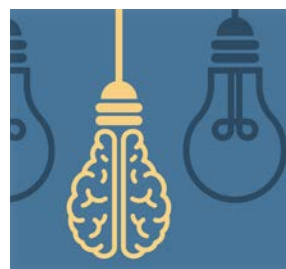




STADT UND GEMEINDE

DIGITAL



STARTUP
Kommune trifft
Innovation



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

DIE "MODELLREGION DEUTSCHLAND" von Ralph Brinkhaus	Seite 04
WENN VERWALTUNG UND START-UPS GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN von Florian Stöhr	Seite 07
KOINNO ÖFFENTLICHER EINKAUF UND INNOVATIVE LÖSUNGEN von Lea Rasche	Seite 10
STAATLICHE INNOVATIONSFÖRDERUNG von Prof. Dr. Andreas Zaby	Seite 14
INTELLIGENTE STRASSENZUSTANDSERFASSUNG von Bastian Rosato	Seite 18

WAS WÄRE WENN...FÖRDERGELDER DIREKT IN WIRKUNG INVESTIERT WERDEN? von Hauke Diederich	Seite 23
WAS WÄRE WENN...MEHRWEG MIT EINER STEUER ZUM STANDARD WIRD? von Tobias Staufenberg	Seite 25
BEWÄHRT VOR ORT DIE GEWINNER "KLIMA- UND RESSOURCENSCHUTZ SOWIE KLIMAFOLGENANPASSUNG"	Seite 29
DEUTSCHLANDFORUM AM 13./14.10.2025 IN BERLIN DATUM25 – RÜCKBLICK IN DIE ZUKUNFT	Seite 33
ENERGIEWENDE IN KLEINEN, LÄNDLICHEN KOMMUNEN von Catharina Lüder + Anna Hülle	Seite 37
AMBULANTE GESUNDHEITSVORSORGE VOR ORT von Johannes Leinert	Seite 40
SELF STORAGE DIE LÖSUNG FÜR PLATZMANGEL IN KOMMUNEN von Klaus Müller	Seite 44
SERIE KOMMUNE INTERNATIONAL – AKTION "1000 STIMMEN FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK" von M. Sallat	Seite 48
BRÜSSELER GERÜCHTE – FOLGE 63	Seite 50
MELDUNGEN	Seiten 06 17 28
BUCHBESPRECHUNGEN	Seiten 36 52

Redaktionsanschrift:
Stadt und Gemeinde DIGITAL
Marienstraße 6
12207 Berlin
Telefon: 030/773 07-201
Fax: 030/773 07-222
janina.salden@dstgb.de
www.dstgb.de

Herausgeber:
DStGB Dienstleistungs-GmbH
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. André Berghegger
Uwe Zimmermann

Anzeigenredaktion:
kristine.stuevecke@dstgb.de

Redaktionsteam:
Alexander Handschuh, Dr. Janina Salden
Kristine Stüvecke, Birgit Pointinger

Grafik & Satz:
DStGB Dienstleistungs-GmbH
birgit.pointinger@dstgb.de



MEHR AUFENTHALTSQUALITÄT VOR ORT

Innenstädte und Ortskerne sind die Visitenkarten der Städte und Gemeinden. Ob sich die Menschen dort gerne aufhalten und wohlfühlen, hängt von vielen Faktoren ab. Die politischen Diskussionen um das Stadtbild zeigen, dass es entscheidend darum geht, Städte und Gemeinden in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken, um den vielfältigen Herausforderungen gerecht werden zu können. Dabei geht es weniger um ein Gesprächsformat, sondern vielmehr darum, endlich zu erkennen, dass sich die Zufriedenheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger vor allem daran misst, wie sie unser Land vor Ort erleben. Notwendig ist daher ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um die Städte und Gemeinden sicher, attraktiv und lebenswert zu machen. Hier sind Bund und Länder in der Pflicht, die Kommunen finanziell besser auszustatten und in verschiedenen Bereichen zu unterstützen.

Zunächst ist ein gutes Angebot an Gastronomie, Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Einrichtungen wichtig, um die Innenstädte und Ortskerne zu beleben und einladend zu gestalten. Auch die Architektur, etwa von Gebäuden oder Plätzen, kann zu einer guten Aufenthaltsqualität beitragen. Viele Innenstädte und Ortskerne sind in den 1960er und 1970er Jahren mit Fokus auf die „autogerechte Stadt“ entstanden. Sie müssten dringend umgestaltet werden, mit mehr Grün und einer mehr auf Fußgänger und Radfahrer ausgelegten Infrastruktur. Zudem existieren viele Bereiche, in denen sich die Menschen nicht wohlfühlen, weil das subjektive Sicherheitsempfinden beeinträchtigt ist, etwa Unterführungen oder schlecht einsehbare Bereiche. Hier braucht es architektonische Veränderungen, bessere Beleuchtung und gute Wegekonzepte. Der notwendige Umbau kostet Geld, das die Städte und Gemeinden derzeit nicht haben. Eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ist also auch vor diesem Hintergrund unverzichtbar.

Klar ist, dass sich in den Innenstadtbereichen auch die sozi-

alen Probleme manifestieren. Von Wohnungslosigkeit, Obdachlosigkeit sowie von Alkohol- und Drogenkrankheiten betroffene Menschen sind gerade in den größeren Städten, etwa im Umfeld von Bahnhöfen, anzutreffen. Vielfach fehlen die Angebote, um den Betroffenen die Unterstützung, die sie dringend brauchen, zukommen zu lassen. Auch nach Deutschland geflüchtete Menschen, deren Integration in den Arbeitsmarkt noch nicht gelungen ist, sind in den Innenstadtbereichen anzutreffen. Fehlende Finanzmittel, aber auch mit der sich immer weiter zuspitzenden Situation am Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen spielen hier mit rein. Zudem ist der Bund in der Pflicht, die Rückführung von Personen ohne Bleiberecht zu beschleunigen.

Schließlich ist auch das Thema Sicherheit von großer Bedeutung für die Lebensqualität in den Kommunen. Hier gilt es, das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen zu stärken und konsequent gegen Kriminalität vorzugehen. Dazu können verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsamt ebenso beitragen wie die Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten. Klar ist, dass Bund und Länder alles daransetzen müssen, den Schutz vor Kriminalität zu verbessern und den Menschen mehr Sicherheit zu vermitteln.

Über das erforderliche Maßnahmenbündel für lebenswerte Innenstädte und Ortskerne kann am besten vor Ort, in den Kommunen, entschieden werden. Wenn wir die finanziellen Spielräume der Städte und Gemeinden optimieren, kann es gelingen, das „Stadtbild“ tatsächlich zu verbessern und die sozialen Fragen zu lösen.

Ihr

Dr. André Berghegger



DIE „MODELLREGION DEUTSCHLAND“

WAS BEDEUTET DIE NEUE MODERNISIERUNGSAGENDA DES BUNDES FÜR DIE KOMMUNEN?

Ralph Brinkhaus | Mitglied des Deutschen Bundestages und
Sprecher Digitales und Staatsmodernisierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat es früh erkannt: Wir brauchen nicht die eine Modellkommune, um Fortschritt zu testen. Wir brauchen ein Land, das überall Modellregion wird, damit die Modernisierung in der Fläche gelingt. Und zwar nicht nur von Schulen, Straßen und Verkehrsinfrastruktur, sondern auch bei Digitalisierung und Gesetzgebung.

Das aktuelle KfW-Kommunalpanel 2025 zeigt noch einmal eindrücklich, wie groß der Handlungsbedarf mittlerweile ist: Die Kommunen sehen sich mit einem Investitionsrückstand von 215,7 Milliarden Euro konfrontiert. Dabei sind es die Kommunen, die den Großteil der Gesetze umsetzen müssen.

Dass die Bundesregierung auf der jüngsten Kabinettsklausur

die Modernisierungsagenda beschlossen hat, ist ein wichtiges und richtiges Signal für dieses Land gewesen. Es ist ihr Anspruch, die Staatsmodernisierung als gemeinsame Aufgabe zu begreifen. Kanzler, Minister und Ministerinnen im Schulterschluss mit Ländern und Kommunen.

NEUAUSRICHTUNG DER MINISTERIEN: WHOLE-OF-GOVERNMENT-ANSATZ

Die Modernisierung von Staat und Verwaltung basiert auf einer neuen Interpretation des Ressortprinzips im Sinne eines Whole-of-Government-Ansatzes. Die Ministerien sollen sich neu ausrichten. Ziel ist es, Strukturen zu vereinfachen, Aufgaben zu bündeln und Skalierungen vornehmen zu können. Klare Zuordnung der Federführung ersetzt Mehrfach-



*Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat es früh erkannt:
Wir brauchen nicht **die eine** Modellkommune, um Fortschritt zu testen.
Wir brauchen ein Land, das **überall** Modellregion wird, damit die Modernisierung in der Fläche gelingt.«*

Ralph Brinkhaus
MdB und digitalpolitischer
Sprecher der CDU/CSU-Fraktion

zuständigkeiten. Die Ressorts arbeiten ergebnisorientiert zusammen.

INNOVATION VOR ORT ERMÖGLICHEN

Die Modernisierungsagenda definiert fünf Handlungsfelder, die kurz-, mittel- und langfristig Veränderungen anstoßen sollen: Bürokratierückbau, bessere Rechtsetzung, bürger- und unternehmenszentrierte Services, zukunftsgerichtete Personalentwicklung und eine effizientere Bundesverwaltung. Dabei besonders hervorzuheben sind Projekte mit kommunaler Relevanz – etwa die Zentralisierung der iKfz-Portale, der digitale Führerschein, der Bau-Turbo, 24 Stunden Gründungen, eine verbesserte digitale Serviceland-schaft für Bürgerinnen und Bürger sowie die Einführung von Experimentierklauseln, die Innovation vor Ort ermöglichen.

AUFGABEN BÜNDELN – RESSOURCEN SPAREN

Für die Kommunen ist die Modernisierungsagenda eine Chance. Denn viele Städte und Gemeinden kämpfen mit drei großen Herausforderungen: Erstens fehlen finanzielle Mittel, um wesentliche Serviceangebote im bisherigen Umfang bereitzustellen. Zweitens macht der Fachkräftemangel kombiniert mit dem demografischen Wandel es zunehmend

schwer, bestehende Aufgaben mit dem vorhandenen Personal zuverlässig zu erfüllen. Und drittens ist der Bereich der Cybersicherheit, ohne koordinierte und technische Unterstützung kaum aufrechtzuerhalten. Hier können Bund und Länder Aufgaben der Kommunen bündeln, Ressourcen einsparen und die Cybersicherheit bereitstellen. Die Kommunen können sich dann stärker auf Aufgaben konzentrieren, die im direkten Bezug zum Bürger stehen.

Unter den in der Modernisierungsagenda aufgeführten mehr als 100 Einzelmaßnahmen sind viele, die unmittelbar auf die kommunale Praxis wirken und Gesetze praxistauglicher machen können. Aber klar ist auch: Die Agenda darf erst der Anfang sein. Sie ist ein Grundstein, auf den in den nächsten Jahren aufgebaut werden muss. Themen wie Sozialstaatsreform oder Steuerverteilung müssen weitergedacht werden.

Viele Fragen, welche die Kommunen im Kern berühren, sei es die Reform des Sozialstaates oder eine andere Steuerverteilung, müssen noch geklärt werden. Wenn wir wieder Vertrauen in Staat und Verwaltung schaffen wollen, dann geht das nur, wenn die Städte und Gemeinden gehört werden. Denn Modernisierung gelingt erst dann, wenn sie überall sichtbar wird: in Rathäusern, Schulen und anderen lokalen Einrichtungen – und damit im Alltag der Menschen. ■



Mitschnitt
des Panels unter
[WWW.
SMARTCOUNTRY.
BERLIN](http://WWW.SMARTCOUNTRY.BERLIN)

Smart Country Convention 2025 in Berlin

Auf der Smart Country Convention organisierte der DStGB ein Fachforum unter dem Titel „Zentral, dezentral oder doch egal? Wie Digitalisierung unsere Verwaltungen unterstützen kann“, moderiert von Miriam Mar-nich, Referatsleiterin beim DStGB. Nach einer Begrüßung durch Alexander Handschuh, Sprecher und Beigeordneter, DStGB, ging es anschließend um die Frage, ob Zentralisierung der Schlüssel für eine zukunftsfähige Verwaltung sei.

In seinem einleitenden Impulsvortrag forderte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestags-fraktion im Ausschuss für Digitales und Staatsmoder-nisierung, Ralph Brinkhaus die Antwort auf die Frage der Zentralisierung vom Adressaten der Verwaltungs-leistung her zu denken: Den Menschen sei es letztlich egal, ob sie eine Leistung von Bund, Ländern oder Kom-munen kriegen. „Demokratie muss liefern“, so Brinkhaus abschließend.

In der anschließenden Diskussionsrunde betonte Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemein-debundes die kommunale Stärke: „Der Staat wird zuerst auf kommunaler Ebene wahrgenommen.“ Dabei sei Digi-talisierung kein Selbstzweck, sondern in erster Linie ein Werkzeug, um die Verwaltung neu zu denken.

Deswegen dürften die Kommunen nicht mit Fragestel-lungen überlastet werden, die sich zentral beantwor-ten ließen, ohne dass dabei Service vor Ort verloren gehe. Susanne Miosga, Referentin Öffentlichkeitsarbeit, Verbandskommunikation, Finanzen beim Städte- und Gemeindebund Mecklenburg-Vorpommern, warnte vor dem demografischen Wandel: Auf fünf Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung, die in Rente gingen, kämen nur zwei neue nach. Daher sei es wichtig die Hemm-schwelle zur Nutzung digitaler Angebote insbesondere für kleinere Gemeinden zu senken. Dr. Michael Kollig, Director of Google Cloud Customer Engineering Europe North, plädierte für mehr Effizienz, beispielsweise durch eine stärkere Automatisierung von Verwaltungsprozes-sen: „Es macht wenig Sinn, dass jede Kommune ihre eigene Lösung baut, um ein Auto zuzulassen. Das wird einmal gemacht – und dann können es alle nutzen.“ Für eine sinnvolle Digitalisierung müsse man sich zunächst immer fragen, welches Ergebnis man erzielen wolle und wie man dieses erreichen könne. Ralph Brinkhaus ergänzte, dass es eine neue Kultur der Zusammenarbeit über alle föderalen Ebenen hinweg brauche. Digitalisierung sei da-bei als Führungsaufgabe zu verstehen, die im Bund wie in den lokalen Ebenen von oben herab gelebt, aber auch auf allen Ebenen mitgetragen werden müsse.



WENN VERWALTUNG UND START-UPS GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN

AUS EINEM PILOTEN WIRD EINE BEWEGUNG

Florian Stöhr | Geschäftsführer des Start-up-Zentrums Seedhouse

Dass Verwaltung einmal auf Augenhöhe mit Gründerinnen und Gründern zusammenarbeiten könnte, war für viele bislang kaum vorstellbar. Zu unterschiedlich schienen die Kulturen, zu groß die rechtlichen und technischen Hürden. Doch in Osnabrück zeigt sich, dass diese Grenzen fallen können – wenn beide Seiten bereit sind, voneinander zu lernen. Der Civil Tech Hub (CTH) steht dabei für ein neues Modell der Zusammenarbeit: Verwaltung öffnet sich, Start-ups erkennen Probleme, verstehen Prozesse und entwickeln gemeinsam Lösungen, die den Alltag in Behörden spürbar verbessern – für die Mitarbeitenden, nicht zuletzt aber auch für die Kunden, die Bürgerinnen und Bürger.

Angeregt wurde der Hub von der Osnabrücker Oberbürgermeisterin Katharina Pötter, die das Potenzial der Kooperation zwischen Mittelstand und Start-ups bereits in den drei

Acceleratoren der Friedensstadt beobachten konnte und auf die Verwaltung übertragen wollte. Gemeinsam mit Stefan Muhle, ehemals Staatssekretär für Digitalisierung in Niedersachsen, durfte ich als Geschäftsführer des Start-up-Zentrums Seedhouse die Idee umsetzen. Wir beide kennen die Perspektiven der jeweiligen Seite: Muhle aus der Verwaltung, ich aus der Gründerszene. *„Wir verstehen uns als Übersetzer zwischen zwei Welten“,* sagt Muhle. *„Verwaltung und Start-ups sprechen oft verschiedene Sprachen – der Civil Tech Hub hilft, dass sie sich verstehen.“*

VERWALTUNG ALS MENTOR

Kern des Osnabrücker Modells ist das Mentoring durch die Verwaltung selbst. Mitarbeitende aus verschiedenen Fachbereichen öffnen ihre Türen und teilen ihr Wissen. Sie er-

klären Abläufe, rechtliche Rahmenbedingungen und Schnittstellen – kurz: Sie helfen den Start-ups, Verwaltung wirklich zu verstehen. Diese Offenheit ist keine Selbstverständlichkeit. Hier sitzen keine Berater, sondern Praktikerinnen und Praktiker, die bereit sind, Wissen zu teilen. Das schafft Vertrauen auf beiden Seiten – und ermöglicht echte Innovation.

Unterstützt wird das Projekt durch Oberbürgermeisterin Katharina Pötter und das Referat 15 für Digitalisierung und IT mit Tobias Fänger und Thomas Lotz. Pötter beschreibt den Ansatz folgendermaßen: „Die Prozesse in einer öffentlichen Verwaltung werden stark von Fachanwendungen beeinflusst. Sie stammen oft von etablierten Herstellern, die in Teilen in monopolähnlichen Verhältnissen agieren können – was nicht selten negative Auswirkung auf die Preisgestaltung und den Innovationsdrang hat. Wir sehen die Chance, mit Start-ups mehr positive Dynamik in diesen Markt zu bringen.“

BEISPIELE, DIE HOFFNUNG MACHEN

Wie diese Zusammenarbeit funktioniert, zeigt das folgende Beispiel. Ein Start-up hat eine KI-Lösung, die automatisch Protokolle von Rats- und Ausschusssitzungen entwickelt. Durch das begleitende Mentoring konnte das Team die komplexen Anforderungen kommunaler Sitzungsdokumentation nachvollziehen – vom Datenschutz bis zu formalen Vorgaben. Heute spart die Stadt Osnabrück einen erheblichen Teil der bisherigen Zeit bei der Protokollerstellung. Die KI-Lösung wurde inzwischen beschafft und wird weiter in alle Prozesse integriert – ein Beispiel dafür, dass Verwaltung und Start-ups gemeinsam nachhaltige Lösungen schaffen können.

Ein weiteres Beispiel ist der GovTech Hackathon, den die Stadt Osnabrück zusammen mit dem Civil Tech Hub im Sep-

tember 2025 ausrichtete. Sieben reale Problemstellungen aus der Verwaltung – etwa die systematische KI-Analyse digitalisierter Bauakten, die Vereinfachung von Gremienarbeit oder die Optimierung interner Support-Prozesse – wurden von Mitarbeitenden der Verwaltung eingebracht. Zwölf Teams aus Start-ups und Unternehmen entwickeln derzeit konkrete Prototypen. Das Besondere: Jede Herausforderung wird durch Mentorinnen und Mentoren aus der Verwaltung begleitet. Sie stellen sicher, dass die Lösungen praxistauglich sind, erklären Hintergründe und helfen, rechtliche Anforderungen zu berücksichtigen. Anfang November präsentieren die Teams ihre Ergebnisse vor rund 250 Führungskräften der Stadt. „Das ist kein Hackathon, der folgenlos bleibt“, betont Tobias Fänger, Leiter des Referats Digitalisierung und IT. „Hier sollen Werkzeuge entstehen, die echte Probleme lösen und für die Start-ups zu Produkten werden können.“



» Künftig sollen ausgewählte Partnerkommunen ihre Herausforderungen im direkten Austausch mit Start-ups bearbeiten können – begleitet durch erfahrene Mentorinnen und Mentoren aus der Verwaltung. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in eine übergreifende Plattform ein.«

Florian Stöhr
Geschäftsführer des
Start-up-Zentrums Seedhouse

CHANCEN STATT HÜRDEN

Die Digitalisierung der Verwaltung bleibt komplex. Vergaberecht, Datenschutz und Altsysteme erfordern neue Ansätze. Doch wir sehen darin eher Chancen als Hindernisse. Das Vergaberecht entwickelt sich, und viele Kommunen suchen bereits nach flexibleren Wegen. Beim Datenschutz gilt: Die hohen Standards der Verwaltung sind ein Differenzierungsmerkmal, keine Bremse. Viele Standardlösungen halten diesen Anforderungen gar nicht stand – das eröffnet Chancen für spezialisierte Anbieter.

VON DER PILOTSTADT ZUR KURATIERTEN PLATTFORM

Mit der Aufnahme in den Hightech-Inkubator Oldenburg startet der Civil Tech Hub in eine neue Phase. Aus dem Osnabrücker Pilot wird eine kuratierte, digitale Plattform, die Erfahrungen aus der Praxis aufbereitet und übertragbar macht. Künftig sollen ausgewählte Partnerkommunen ihre

In Osnabrück treffen Verwaltung und Start-ups aufeinander – offen, pragmatisch und mit messbaren Ergebnissen. Der Civil Tech Hub zeigt, wie Digitalisierung funktionieren kann, wenn beide Seiten voneinander lernen.



Herausforderungen im direkten Austausch mit Start-ups bearbeiten können – begleitet durch erfahrene Mentorinnen und Mentoren aus der Verwaltung. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in eine übergreifende Plattform ein.

Ziel ist kein offener Marktplatz, sondern ein lernendes System: Kommunen, die für Start-up-Lösungen offen sind, erhalten dort künftig kuratierte Vorschläge, basierend auf den realen Erfahrungen anderer Städte. So entsteht Schritt für Schritt eine strukturierte GovTech-Szene im Start-up-Bereich – mit Osnabrück als Ausgangspunkt.

AUS EINEM PILOTEN WIRD EINE BEWEGUNG

Osnabrück zeigt, wie Verwaltung und Start-ups voneinander lernen können – offen, praxisnah und mit messbarem Nutzen. Der Civil Tech Hub will diese Haltung in die Fläche tragen: nicht mit standardisierten Konzepten, sondern mit

partnerschaftlicher Begleitung und geteiltem Wissen.

Gesucht werden Kommunen, die bereit sind, neue Wege zu gehen – offen für die Zusammenarbeit mit Start-ups, offen für Mentoring und offen für das Lernen voneinander. Langfristig entsteht so ein Netzwerk, das kommunale Innovationskraft bündelt, rechtliche und technische Hürden abbaut und die Grundlagen für eine eigenständige GovTech-Szene in Deutschland legt. ■

Aufruf an interessierte Kommunen

Interessierte Kommunen, die mitmachen möchten, finden alle Kontaktmöglichkeiten unter www.civiltechhub.de.



KOINNO

WO SICH ÖFFENTLICHER EINKAUF UND INNOVATIVE LÖSUNGEN BEGEGNEN

Lea Rasche | Projektmanagerin KOINNO

Die öffentliche Hand hat eine enorme Marktmacht – und damit auch die Chance, Innovationen gezielt zu fördern. Das Kompetenzzentrum innovative Beschaffung (KOINNO) unterstützt Kommunen, Behörden und Unternehmen dabei, den Einkauf strategischer, digitaler und innovativer zu gestalten.

Innovationen sind der Motor gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung – und der öffentlichen Hand kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Schließlich werden in Deutschland jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 350 Milliarden Euro durch öffentliche Auftraggeber beschafft. Schon ein einziger Prozentpunkt dieses Vo-

lums, der gezielt in innovative Produkte und Verfahren fließt, könnte einen Innovationsimpuls von 3,5 Milliarden Euro auslösen. Das Kompetenzzentrum innovative Beschaffung (KOINNO) hat sich genau dieser Aufgabe verschrieben: die Innovationsorientierung in der öffentlichen Beschaffung dauerhaft zu stärken.

AUFTRAG, ZIEL UND TRÄGERSCHAFT

KOINNO wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) geführt. Ziel ist es, den Anteil innovativer Beschaffungen im öffentlichen Einkauf in Deutschland nachhaltig zu erhöhen. Denn noch immer wird



» Innovative Lösungen steigern zum Beispiel die Energieeffizienz und schonen Ressourcen, während eine Modernisierung von Verwaltungsabläufen langfristige Kostenvorteile birgt. Innovationsorientierte Beschaffung trägt außerdem dazu bei, organisatorische Resilienz aufzubauen.«

Lea Lasche
KOINNO

bei etwa der Hälfte der Vergaben über der EU-Schwelle der Zuschlag allein nach dem Preis vergeben – ein Indikator dafür, dass Innovationspotenziale häufig ungenutzt bleiben. KOINNO möchte dieses Bewusstsein verändern und den Einkauf als strategische Funktion im Verwaltungshandel verankern.

BREITES ANGEBOT FÜR ALLE AKTEURE

Um dies zu erreichen, bietet KOINNO Beratung, Services und Veranstaltungen für alle Akteure im Beschaffungsprozess – von Beschaffungsstellen und Bedarfsträgerinnen und -trägern über politische Entscheiderinnen und Entscheider bis hin zu Unternehmen und Startups. Alle Angebote sind kostenfrei.

Das Spektrum reicht von individuellen Beratungen zur Entwicklung einer innovativen Beschaffungsstrategie bis

zu praxisnahen Tools wie dem Vergabe-Wahl-O-Mat, dem Fristenassistenten, dem Bewertungsmethoden-Lotsen oder dem neuen Preis-Leistungs-Gewichtungs-Check. Diese digitalen Helfer unterstützen öffentliche Auftraggeber dabei, geeignete Vergabeverfahren zu wählen, Fristen korrekt zu berechnen oder Bewertungsmethoden rechtssicher zu dokumentieren.

Über 25.000 Nutzerinnen und Nutzer der digitalen Tools, mehr als 10.000 Teilnehmende an Veranstaltungen und mehr als 150 Praxisbeispiele auf der Website belegen die wachsende Relevanz des Themas.

INNOVATION ALS TREIBER FÜR EFFIZIENZ UND NACHHALTIGKEIT

Eine innovativ ausgerichtete Beschaffung kann für Kommunen zahlreiche Vorteile bieten: Innovative Lösungen steigern

zum Beispiel die Energieeffizienz und schonen Ressourcen, während eine Modernisierung von Verwaltungsabläufen langfristige Kostenvorteile birgt. Innovationsorientierte Beschaffung trägt außerdem dazu bei, organisatorische Resilienz aufzubauen. Verwaltungen werden flexibler, wenn sie moderne Technologien und Arbeitsprozesse nutzen – etwa bei der Digitalisierung von Abläufen, der Nutzung erneuerbarer Energien oder der Einführung neuer Mobilitätskonzepte.

MARKTERKUNDUNG ALS SCHLÜSSEL ZUR INNOVATION

Ein zentrales Element der innovationsorientierten Beschaffung ist die Markterkundung. Hierzu bietet KOINNO eine Plattform, den KOINNOvationsplatz, der aus zwei Bereichen besteht: dem Marktplatz der Innovationen und den sogenannten Challenges. Auf dem Marktplatz können Unternehmen ihre innovativen Produkte für den öffentlichen Sektor präsentieren, während öffentliche Auftraggeber sich inspirieren lassen und unverbindlich Kontakt aufnehmen können. Die Challenges wiederum ermöglichen eine rechtssichere, strukturierte Markterkundung mit klar definierten Zielen und Bewertungskriterien. KOINNO unterstützt Kommunen bei der Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation – bis hin zur Auswahl einer Jury und der Kommunikation mit Anbietern.

Das Ergebnis: Öffentliche Stellen gewinnen frühzeitig Einblicke in den Markt, können Anforderungen präziser formulieren und sich über geeignete Verfahren informieren. Unternehmen wiederum lernen die Bedarfe des öffentlichen Sektors besser kennen – ein klassischer Win-Win-Effekt.

UNTERSTÜTZUNG FÜR STARTUPS UND KMU

Auch auf Unternehmensseite ist KOINNO aktiv: Mit dem Playbook „Beschaffung für Startups und innovative KMU“ sowie dem Marketing-Guide B2G erhalten junge Unternehmen praxisnahe Hilfestellungen für den Zugang zum öffentlichen Markt. Hintergrund ist, dass laut Deutschem

Startup Monitor fast 80 Prozent der Startups bislang keine Erfahrungen mit öffentlichen Aufträgen haben.

Zusätzlich bietet die Veranstaltungsreihe „KOINNO Bieter All-In“ virtuelle Austauschmöglichkeiten zu Themen wie Vermarktungsstrategien oder erfolgreiche Praxisbeispiele. Ziel ist es, Hemmschwellen abzubauen und innovative Anbieter enger mit dem öffentlichen Sektor zu vernetzen.



» Die öffentliche Hand hat eine enorme Marktmacht – und damit auch die Chance, Innovationen gezielt zu fördern. Das Kompetenzzentrum innovative Beschaffung (KOINNO) unterstützt Kommunen, Behörden und Unternehmen dabei, den Einkauf strategischer, digitaler und innovativer zu gestalten.«

Lea Rasche
Projektmanagerin KOINNO

INNOVATIONSORIENTIERUNG ZERTIFIZIEREN LASSEN

Auf dem Evaluationsforum können sich Unternehmen ebenso wie öffentliche Auftraggeber ihre Innovationskraft in der Beschaffung mit dem KOINNO-Zertifikat bestätigen lassen. In einem dreistufigen Programm werden die Prozesse und Erfahrungen evaluiert und bewertet. KOINNO gibt unabhängig von der Erlangung des Zertifikates wertvolle Handlungsempfehlungen, wodurch die innovative öffentliche Beschaffung in ihren Prozessen und Projekten optimiert werden kann. Die Dokumentation und Sichtbarkeit durch die Zertifikate in der Bronze- Silber und Goldstufe nach außen hin, ermöglicht einen gezielten Austausch und setzt Impulse für die Weiterentwicklung des öffentlichen Einkaufs für beide Seiten, innovative Unternehmen und öffentliche Auftraggeber.

INNOVATION BRAUCHT MUTIGE BESCHAFFERINNEN & BESCHAFFER

Die Herausforderungen unserer Zeit – von Klimaschutz über Digitalisierung bis zur Daseinsvorsorge – verlangen neue Lösungen. Öffentliche Beschaffung ist dabei nicht nur Mittel zum Zweck, sondern kann Innovation aktiv fördern. KOINNO zeigt, dass dies bereits heute möglich ist und umgesetzt wird: mithilfe von Wissenstransfer, digitalen Werkzeugen, Marktdialog und strategischen Partnerschaften. ■





Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.



Erfahren Sie mehr über
unsere Vorschläge unter
www.dsgv.de/zukunftmachen



Weil's um mehr als Geld geht.



STAATLICHE INNOVATIONSFÖRDERUNG BRAUCHT EINEN INNOVATIONSBOOSTER

Prof. Dr. Andreas Zaby | Innovationsmanager bei der Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND

Die schwarz-rote Koalition hat es sich zum Ziel gesetzt, die gesamten in Deutschland von Wirtschaft und Staat getätigten jährlichen Forschungsausgaben, die in den Jahren 2022/2023 jeweils 3,1 % betragen, bis zum Jahr 2030 auf 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Allerdings hatte die Ampel-Koalition bereits im Jahr 2021 das Ziel ausgerufen, die 3,5 %-Marke erreichen zu wollen, und zwar schon im Jahr 2025.

Um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen, wird die Bundesregierung erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen. Zum einen dürfen Bund und Länder nicht nachlassen, ihre Haushaltsansätze für FuE-Ausgaben (Forschung und Entwicklung) weiter zu steigern, und zum anderen wird es gelingen müssen, die richtigen Anreize zu setzen, damit auch die Wirtschaft in noch deutlich größerem Umfang in FuE investiert.

FÖRDERUNG VON INNOVATION UND TECHNOLOGIE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA STEHT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Sowohl die erkenntnisgeleitete Grundlagenforschung als auch die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung stellen die wesentliche Grundlage dar, auf der über

den Weg des Wissens- und Technologietransfers Innovation entstehen kann. Sind die Innovationen bahnbrechender Art – sind sie also als „Sprunginnovationen“ anzusehen –, tragen sie zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit bei und können signifikante positive Wachstums-, Wohlstands- und Beschäftigungseffekte auslösen.

Das europäische, und insbesondere das deutsche Innovationssystem ist aber seit vielen Jahren in relativ geringem Maße in der Lage, Sprunginnovationen hervorzubringen. Vielmehr werden Innovationen in etablierten Industrien generiert, die dazu beitragen, bestehende Produkte kontinuierlich in kleinen Schritten zu verbessern, es werden also überwiegend inkrementelle Innovationen realisiert (Fuest et al. 2024). Sprunginnovationen, die neuartige Produkte und gänzlich neue Branchen entstehen lassen, finden überwiegend in den USA und in China statt – Europa befindet sich in einer „Mid-Tech-Falle“.

MUT ZU NEUEN INSTITUTIONEN DER INNOVATIONSFÖRDERUNG

Die EU hat, beginnend mit einem Pilotprogramm von 2018 bis 2020, im Jahr 2021 das European Innovation Council (EIC) eingerichtet. Es verfolgt das Ziel, bahnbrechende Technolo-

gien und Unternehmen zu identifizieren, zu entwickeln und zu skalieren, um die grüne und digitale Transformation zu unterstützen und die strategische Autonomie Europas in kritischen Technologien zu gewährleisten.

Trotz dieser relativ neuen Institutionen hat es im Jahr 2024 erhebliche Kritik an der europäischen Innovationspolitik gegeben. Die beiden einflussreichen Berichte zur zukünftigen Innovationsfähigkeit Europas von Mario Draghi und Manuel Heitor halten die europäische Innovationsförderung für unzureichend, zu konventionell und erheblich reformbedürftig. Sie sprechen sich dafür aus, sich am Beispiel der amerikanischen ARPA-Organisationen (Advanced Research Projects Agency) zu orientieren. Das EIC sei nicht unabhängig genug von Kommissionsbeamten, es sei zu langsam und habe nicht genügend Programmmanager – erfahrene Experten, die nach dem ARPA-Modell umfassende Budgets, Entscheidungsbefugnisse und Verantwortung erhalten, um Sprunginnovationen zu verfolgen. Eine Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments sieht vor, dass Europa ein ARPA-Ökosystem aufbauen solle, in dem mit hoher Autonomie ausgestattete Experten Themen wie Gesundheit, Energie, Infrastruktur etc. anhand von High-Risk-High-Return-Projekten verfolgen (Pinkus et al. 2024).

Hinsichtlich des EIT (European Institute of Technology) wurde von einzelnen Mitgliedsstaaten und Wissenschaftsorganisationen gar die ersatzlose Streichung gefordert, da es zu komplex, zu teuer und zu langsam sei und keinen Mehrwert für das Innovationsökosystem biete. Orientierung können innerhalb Europas die beiden noch jungen nationalen Innovationsagenturen SPRIND in Deutschland und ARIA im Vereinigten Königreich bieten. Sie haben wesentliche ARPA-ähnliche Strukturen, wie die besondere Rolle der Programmmanager, Unabhängigkeit und Schnelligkeit, bereits implementiert. So hat SPRIND in ihren Innovationswettbewerben (Challenges) mittlerweile ein Time to Money von 14 Tagen von der Einreichung bis zur Auszahlung der Gelder erreicht, wohingegen bei anderen Institutionen der Innovationsförderung Time to Money-Spannen zwölf Monate und mehr betragen können.

WEITERE STELLHEBEL ZUR MODERNISIERUNG DER INNOVATIONSFÖRDERUNG

Es kann durchaus zielführend sein, neue Institutionen der Innovationsförderung zu schaffen. Diese sollten sich stets der Evaluation und dem Wettbewerb stellen. Es sollte selbstverständlich sein, dass Institutionen oder auch einzelne Förderprogramme eingestellt werden, wenn sie die in sie gesetzten Ziele nicht erreichen. In der Vergangenheit waren neue Innovationsförderungen meist additiv zu bereits bestehenden geschaffen worden. Hier könnte ein aus der Gesetzgebung bereits bekanntes Verfahren, des „One in, one out“ hilfreich sein. So kann die Vielzahl von Innovationsförderungen von Ländern, Bund und EU beherrschbar bleiben. Ziel sollte es sein, die Fülle und Komplexität der Förderlandschaft erheblich zu reduzieren, damit sie für einreichende Start-ups wieder überschaubar wird und die Notwendigkeit der Hinzuziehung von Förderberatungsunternehmen obsolet wird.

Wie die Erfahrungen von ARPA und SPRIND zeigen, hat der Wettbewerbsgedanke das Potenzial, nicht nur die Arbeit der Förderinstitutionen zu beflügeln, sondern er wirkt auch motivierend auf die Start-up-Teams selbst. Dafür sind wettbewerbliche Verfahren notwendig, bei denen mehrere Teams gegeneinander antreten, um definierte Entwicklungsmeilensteine zu erreichen. Diese Parallelisierung der Arbeit erhöht das Tempo der Entwicklung und die Qualität der Arbeitsergebnisse, da alle Teams wissen, dass sie in Konkurrenz zueinander stehen, um den jeweils nächsten Meilenstein in der vorgegebenen Zeit zu erreichen, und somit wiederum zusätzliche Finanzierung zu erhalten. Gelingt es, die Förderformate so

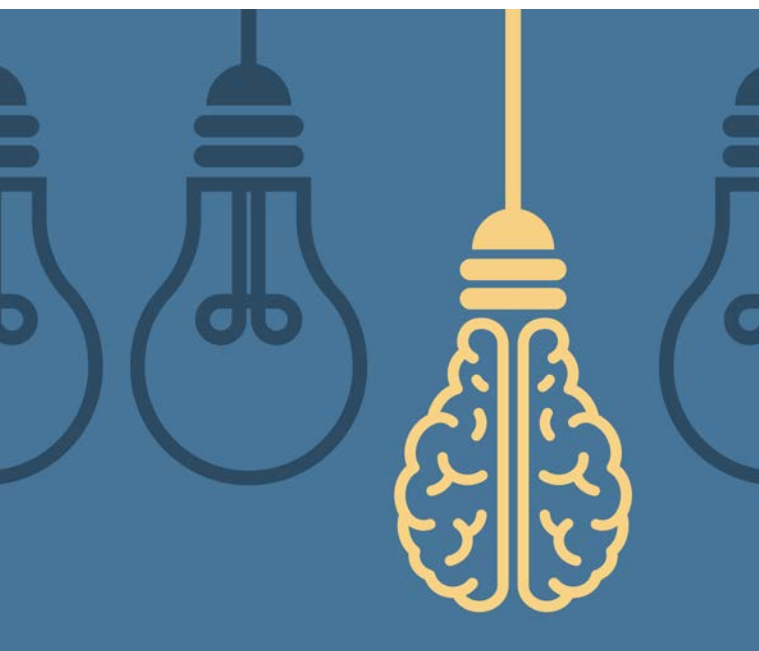
zu gestalten, dass es den beteiligten Teams auch möglich ist, zu kooperieren, kann eine solche Mischung aus Wettbewerb und Kooperation erhebliche Synergien freisetzen.

Während in der Forschungsförderung Förderlaufzeiten von drei bis fünf Jahren keine Seltenheit sind, sollte die zeitliche Taktung in der Innovationsförderung deutlich enger verlaufen. Erfahrungen zeigen, dass Finanzierungszusagen zu nächst ein Jahr nicht überschreiten sollten. Dieser Zeitraum



» Die Grundlagen für ein innovationsstarkes Europa sind vorhanden. Wenn die notwendigen Anpassungen gelingen, wird es möglich sein, in Deutschland und in weiten Teilen der EU mehr Raum für bahnbrechende Innovation und wirtschaftliche Dynamik zu schaffen. «

Prof. Dr. Andreas Zaby
Innovationsmanager bei der
Bundesagentur für
Sprunginnovationen SPRIND



genügt, um festzustellen, ob die Ziele erreichbar sind. Sind die ersten, an vorab definierten Kriterien gemessenen Erfolge erzielt, kann eine unbürokratische Verlängerung unter Vereinbarung neuer Ziele erfolgen. Werden die Ziele jedoch nicht erreicht, scheiden diese Start-ups im Sinne eines fast Failure aus dem Wettbewerb aus.

Staatliche Förderprogramme sind weitgehend von stringenter Kontrolle geprägt. Es wird, um eine missbräuchliche Verwendung von Fördermitteln unmöglich zu machen, ein dichtes Netz an Bestimmungen geknüpft. Aufwändige, zum Teil mehrstufige Antragsverfahren, die minutiöse Aussagen zu geplanten Kosten erfordern und deren Einhaltung in Zwischen- und Endberichten sowie Verwendungsnachweisen dargelegt werden muss, binden bei Förderinstitutionen und Geförderten Zeit und Ressourcen. Moderne Innovationsförderung kann ohne diesen Rahmen auskommen. Bei einem angemessenen Vertrauensvorschuss ist es möglich, dass sich die eigentliche Kontrolle auf die erbrachten Resultate bezieht und nicht auf die bestimmungsgemäße Mittelverwendung. Der Staat könnte so darauf verzichten, Dienstleistungsunternehmen zu beauftragen, um die komplexen Verfahren zu administrieren, und Start-ups müssten weder Berater beauftragen, noch eigenes Fördermittelfachpersonal einstellen. Die heute nur noch von wenigen Fachleuten durchschaubare Förderregulatorik könnte erheblich vereinfacht werden. Eine solche Förderlogik würde umfangreiche Potenziale freisetzen.

Eine gelingende Innovationsförderung wird auch davon abhängen, geeignetes Personal für die Förderinstitutionen zu gewinnen. Auch hier sei wieder auf SPRIND verwiesen, die, insbesondere für die Führungsebenen, Personen rekrutieren, die über profunde persönliche Erfahrung in der Wirtschaft verfügen und sehr oft selbst technologieorientierte Unternehmen gegründet und geleitet haben. Die fachlichen Qualifikationen dieser Unternehmer liegen in der Regel in den jeweiligen technischen oder naturwissenschaftlichen Disziplinen oder in der Risikokapitalfinanzierung. Sie übernehmen zeitlich befristet für vier bis fünf Jahre ihre Aufgaben, um mehrere Innovationsprojekte betreuen zu können und machen dann Platz für Nachfolger. Um dieses Rotationssystem zu ermöglichen, braucht es eine Erhöhung der Durchlässigkeit der Sektoren. Es ist heute noch unüblich und kompliziert, im Laufe einer Karriere zwischen Wirtschaft, Staat und auch Wissenschaft zu wechseln. Hier sind hemmende Regelungen abzubauen.

Um die Innovationskraft Deutschlands und Europas wieder auf ein Niveau zu heben, das langfristig unseren Wohlstand sichern kann, sind neben den hier genannten Maßnahmen zur Verbesserung der Innovationsförderung auch andere Aspekte notwendig, zum Beispiel im Bereich der steuerlichen Incentivierung, im Bereich der ausreichenden Bereitstellung von Venture Capital – besonders für die Finanzierung der Wachstumsphase von sprunginnovativen DeepTech-Startups – und im Bereich attraktiver Exitmöglichkeiten einschließlich der Schaffung spezialisierter Börsenplätze.

Die Grundlagen für ein innovationsstarkes Europa sind vorhanden. Wenn die notwendigen Anpassungen gelingen, wird es möglich sein, in Deutschland und in weiten Teilen der EU mehr Raum für bahnbrechende Innovation und wirtschaftliche Dynamik zu schaffen. ■

Quelle:

Bei dem hier abgedruckten Artikel handelt es sich um eine gekürzte und leicht angepasste Version des Beitrags „Zur Diskussion gestellt: Staatliche Innovationsförderung braucht einen Innovationsbooster“ von Prof. Dr. Andreas Zaby. Die Langversion ist zu finden im ifo Schnelldienst 5 2025, S. 50-53.



Gründen für die Zukunft

KfW Award als Bühne für innovative Ideen in Deutschland

Neue Ideen sind der Motor für Fortschritt – in Wirtschaft, Gesellschaft und gerade auch in unseren Kommunen. Ob Energiewende, Digitalisierung oder Fachkräftesicherung: Mit Kreativität, Mut und Verantwortung setzen Gründerinnen und Gründer entscheidende Impulse, damit Deutschland zukunftsfähig bleibt. Der „KfW Award Gründen“ würdigt dieses Engagement und zeigt, wie unternehmerischer Geist vor Ort Wirkung entfaltet.

EIN WETTBEWERB MIT BUNDESWEITER STRAHLKRAFT

Seit 1998 zeichnet die KfW mit dem „KfW Award Gründen“ Unternehmen aus, die in den letzten fünf Jahren gegründet wurden und vorbildlich demonstrieren, wie aus einer Idee nachhaltiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mehrwert entstehen kann.

Der Award zeichnet insgesamt 16 Landessiegerinnen und Landessieger aus – jeweils eine Gewinnerin oder ein Gewinner pro Bundesland. In der Endrunde bestimmt die Jury zusätzlich einen Bundessieger. Darüber hinaus vergibt die KfW einen Sonderpreis sowie einen Publikumspreis, der durch ein Online-Voting ermittelt wird.

Das Preisgeld beträgt insgesamt 35.000 Euro. Neben der finanziellen Anerkennung erhalten die Preisträger vor allem eines: öffentliche Sichtbarkeit und die Möglichkeit, andere zu inspirieren.

Eine Fachjury aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik bewertet die eingereichten Projekte. Maßgeblich sind dabei Innovationsgrad, wirtschaftlicher Erfolg, gesellschaftlicher Nutzen und regionale Wirkung. So entstehen Erfolgsgeschichten, die über den Wettbewerb hinausstrahlen.

START-UPS ALS MOTOR FÜR KOMMUNALE ENTWICKLUNG

Gründungen sind mehr als individuelle Erfolgsgeschichten – sie sind Impulsgeber für Kommunen. Jede neue Idee bedeutet potenziell neue Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Perspektiven. Viele Gründerinnen und Gründer entscheiden sich bewusst für kleinere Städte oder ländliche Regionen, wo sie eng mit Wirtschaftsförderungen, Kammern und Netzwerken zusammenarbeiten.

Kommunen profitieren in vielfacher Hinsicht:

- Wirtschaftlich: durch neue Unternehmen und Beschäftigung.
- Innovativ: durch frische Ideen und Technologien.
- Sozial: durch Initiativen, die Integration, Bildung oder Nachhaltigkeit fördern.
- Identitätsstiftend: weil erfolgreiche Start-ups das Selbstbewusstsein einer Region stärken.

Der „KfW Award Gründen“ lenkt die Aufmerksamkeit auf genau diese Wirkungen: Er macht deutlich, dass unternehmerischer Mut und gesellschaftliche Verantwortung Hand in Hand gehen – und dass Fortschritt häufig lokal beginnt.

BLICK NACH VORN

Der Wettbewerb ist ein wichtiges Schaufenster der deutschen Gründungskultur. Er hat sich zu einem Symbol dafür entwickelt, dass Wandel in Kommunen beginnt. Städte und Gemeinden, die Gründerinnen und Gründern Raum geben, gestalten ihre Zukunft aktiv mit.

Am 6. November 2025 gibt die KfW die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger des KfW Award Gründen im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung in Berlin bekannt. Schon jetzt darf man gespannt sein, welche Ideen und Projekte in diesem Jahr ausgezeichnet werden – und welche Impulse sie für Wirtschaft und Gesellschaft setzen.

Hintergrund:

Der Award und die aktuellen Preisträger

Weitere Informationen zum Award und den Preisträgern finden Sie unter www.kfw.de/award.



INTELLIGENTE STRASSENZUSTANDSERFASSUNG

BESSERES STRASSENNETZ MIT GLEICHEM BUDGET

Bastian Rosato | Pressesprecher bei vialytics

Straßen sind das Rückgrat der kommunalen Infrastruktur – sie verbinden Menschen, sichern Mobilität und fördern wirtschaftliche Entwicklung. Doch wie lange eine Straße ihren Zweck zuverlässig erfüllt, hängt von vielen Faktoren ab: Bauqualität, Verkehrsbelastung, Witterung und Pflege. Mit dem Prinzip der Nutzzahre und präventiver Unterhaltung können Kommunen entscheidend in den Alterungsprozess von Straßen eingreifen und ihre Lebensdauer verlängern.

LEBENSDAUER DES STRASSENNETZES ERHALTEN

Für kommunale Straßen werden – abhängig vom Straßentyp – in der Regel 15 bis 30 Jahre angenommen, bis sie vollständig erneuert werden müssen. Doch diese theoretische Zahl ist selten realistisch. Ohne regelmäßige Unterhaltung sinkt die Lebensdauer drastisch. Risse, Ausbrüche oder Schlaglöcher beginnen schleichend und führen schnell zu gravierenden Schäden, wenn sie nicht frühzeitig erkannt und behoben werden. In der Realität fokussieren sich Kommunen vor allem

auf die besonders schlimmen Straßen. Dass viele kleine und günstigere Maßnahmen eine ganzheitlich größere Wirkung entfalten können, zeigt das Prinzip der Nutzzahre: Demnach verliert jedes Straßennetz pro Kilometer und pro Jahr genau ein sogenanntes Nutzzahr. Um die Lebensdauer des Straßennetzes insgesamt zu erhalten, müssen mindestens so viele Nutzzahre hinzugefügt werden wie verloren gehen. In der konkreten Rechnung zeigt sich: Bei gleichem Budgeteinsatz ergeben frühzeitige und intelligent eingesetzte, kleine Maßnahmen eine größere Zahl an Nutzzahren als einzelne teure Großbaustellen. Doch wie können Kommunen erkennen, wo welche Art von Reparaturen notwendig sind?

VORBEUGEN STATT REAGIEREN

Zentrale Probleme sind die mangelhafte Dokumentation und subjektive Beurteilungen der Straßenoberflächen, sodass in vielen Kommunen ein systematischer Überblick über den Zustand des Straßennetzes fehlt. Oft wird erst reagiert, wenn Schäden bereits sichtbar – und teuer – sind.

Hier greift das Straßenmanagementsystem vialytics ein. Statt auf aufwendige manuelle Begehungen zu setzen, ermöglicht vialytics eine kontinuierliche Zustandserfassung. Smartphones in kommunalen Fahrzeugen zeichnen automatisch Bilder auf, die von einem Bildalgorithmus auf Schäden überprüft und kartografisch erfasst werden. Damit gewinnen die Mitarbeitenden im Bauamt und Bauhof einen aktuellen Überblick über das gesamte Streckennetz und können aus den objektiven Daten Maßnahmen zur Unterhaltung innerhalb des Systems planen. Dringliche Schäden werden zur richtigen Zeit behoben, bevor sie schlimmer und teurer werden. Das verlängert die Nutzungsdauer der Straße deutlich und spart langfristig Kosten.

STADT GOSLAR DIGITALISIERT STRASSENMANAGEMENT

Knapp 350 Kilometer Straßennetz müssen die städtischen Mitarbeitenden der niedersächsischen Kreisstadt Goslar im Blick behalten, um die gesetzliche Verkehrssicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Kaputte Straßen, Forstwege und Bürgersteige, verblasste Markierungen und Verkehrszeichen, morsche Sitzbänke und Spielplatzgeräte – die Flut an Aufgaben in der Stadt mit 50.000 Einwohnern wirkt mitunter überwältigend. Neben den regelmäßigen Kontrollen müssen dringliche Schäden schnell repariert und langfristige Erhaltungsmaßnahmen rechtzeitig in den Finanzhaushalt geplant werden. Bisher bedienten sich Betriebshof und Tiefbauamt unterschiedlicher Mittel, um den Zustand der Infrastruktur zu überblicken und Aufträge zu verteilen. „Von Stift und Papier über Excel und E-Mail bis hin zum Fax war alles dabei. Informationen gingen verloren oder kamen nicht bei den richtigen Personen an. Wir wussten oft nicht genau, welche Straßen den höchsten Reparaturbedarf hatten“, erklärt der Goslarer Digitalisierungsbeauftragte Holger Dettmer.



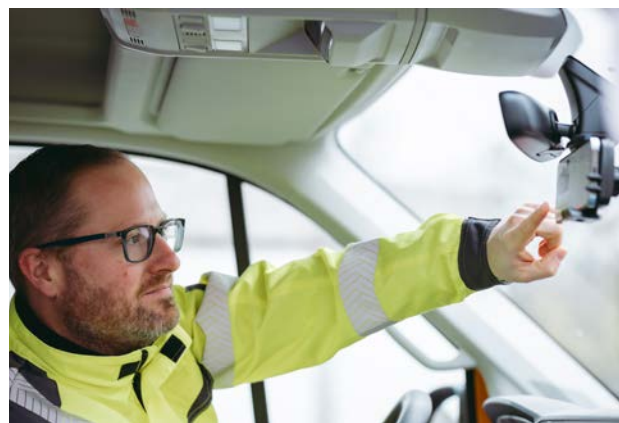
» Smartphones in kommunalen Fahrzeugen zeichnen automatisch Bilder auf, die von einem Bildalgorithmus auf Schäden überprüft und kartografisch erfasst werden. Damit gewinnen die Mitarbeitenden im Bauamt und Bauhof einen aktuellen Überblick über das gesamte Streckennetz.«

Bastian Rosato
Pressesprecher und
Marketing-Manager bei
vialytics

Seit der Einführung Anfang 2024 hat das vialytics System in Goslar sein volles Potenzial entfaltet: Im Erfassungsprozess werden Asphaltoberflächen alle vier Meter mit einem Smartphone in der Windschutzscheibe abfotografiert, sodass ähnlich wie bei 3D-Kartendiensten von Google oder Apple ein flächendeckender Katalog des 350 Kilometer fassenden Streckennetzes entsteht. Kennzeichen und Gesichter werden aus Datenschutzgründen verpixelt. Aufgezeichnete Straßen bewertet der Algorithmus anschließend in 15 Kriterien mit Noten von 1 bis 5 und markiert diese farblich auf einer Karte. Das Straßenmanagementsystem kann noch mehr: Es liefert Vorschläge für die Sanierungsplanung, verortet jedes einzelne Straßenschild der Stadt mit einer Schadensauswertung und dokumentiert beispielsweise auch die Wege des Winterdienstes. Damit bewegen sich alle beteiligten Ämter auf einer einzigen Plattform, mit der die erfassten Daten immer aktuell und in transparenten Prozessen verarbeitet werden.

OHNE DOKUMENTATION KEIN SCHADENSAUSGLEICH

Neben den wirtschaftlichen Vorteilen liefert vialytics einen rechtlichen Mehrwert, denn Kommunen unterliegen der Verkehrssicherungspflicht. Sind schlechte Straßen die Ursache von Verkehrsunfällen, müssen die zuständigen Ämter ihrer Versicherung (KSA) regelmäßige Begehungen nachweisen. Das Problem in der Praxis: Kommunen leiden immer stärker unter Personalmangel. Im stressigen Arbeitsalltag bleibt oft keine Zeit für die aufwendigen Sichtkontrollen mit Stift und Papier. Um die Fachkräfte in der Kommunalverwaltung zu entlasten, bietet vialytics mit der smartphone-basierten Streckenkontrolle eine zeitsparende und digitale Alternative. Die lückenlose Historie in der App hilft nicht nur bei der internen Maßnahmenplanung, sondern dient im Streitfall auch als Beleg für pflichtgemäßes Handeln. So wird vialytics zu einem wichtigen Baustein für mehr Rechtssicherheit im kommunalen Arbeitsalltag.



„Mittlerweile sind zwei Drittel unserer Mitarbeitenden mit vialytics auf ihren Smartphones ausgestattet, sodass wir wesentlich schneller an Bildmaterial und Infos aus dem Stadtgebiet kommen“, betont Betriebshofleiter Sebastian Heim, der mit dem System Bürgermeldungen und interne Aufträge koordiniert. „Ein Schlagloch, das den Verkehr gefährdet, rückt jetzt sofort in unseren Fokus, sodass wir in kürzester Zeit reagieren können. Außerdem können wir in vielen Fällen auf Außeneinsätze verzichten, da wir die Bilddaten nutzen, um die Lage vor Ort einzuschätzen. vialytics spart uns sowohl Geld als auch Zeit – und erhöht gleichzeitig die Verkehrssicherheit.“

VORAUSSCHAUENDE UNTERHALTUNG

Wer sein Straßennetz nachhaltig verbessern möchte, hat weder Zeit noch Geld für manuelle Prozesse. Bei knappen Kassen ist ein kompletter Überblick mit objektiven Daten über den Straßenzustand elementar, um die richtigen Sanierungsentscheidungen zu treffen. Nur mit vorausschauender Unterhaltung lassen sich die Nutzungsjahre eines Straßennetzes langfristig erhalten. Digitale Straßenmanagementsysteme wie vialytics geben Kommunen dafür das passende Werkzeug an die Hand: Objektive Daten, automatisierte Prozesse, bessere Planbarkeit und mehr Rechtssicherheit erleichtern den Arbeitsalltag in der öffentlichen Verwaltung und ebnen den Weg für ein sicheres Straßennetz. ■

» Mittlerweile sind zwei Drittel unserer Mitarbeitenden mit vialytics auf ihren Smartphones ausgestattet, sodass wir wesentlich schneller an Bildmaterial und Infos aus dem Stadtgebiet kommen. Ein Schlagloch, das den Verkehr gefährdet, rückt jetzt sofort in unseren Fokus, sodass wir in kürzester Zeit reagieren können. Außerdem können wir in vielen Fällen auf Außeneinsätze verzichten, da wir die Bilddaten nutzen, um die Lage vor Ort einzuschätzen «

Sebastian Heim
Betriebshofleiter



Schon gewusst...?

Logistikimmobilien können einen signifikanten Beitrag zur Kommunalen Energie- und Wärmewende leisten

Dies zeigt die aktuelle Studie der Initiative Logistikimmobilien (Logix) **„Logistikimmobilien als Pfeiler der Kommunalen Wärmeplanung“**. Auch in zwei weiteren aktuellen Publikationen der Logix Initiative, der Broschüre zum **Energiemonitoring** sowie im **ESG-Leitfaden**, steht das Thema Nachhaltigkeit im Fokus. Die Neuauflage **„Logistikimmobilien – Dreh- und Angelpunkte der Supply Chain“** bietet tiefgehende Einblicke in die wirtschaftlichen Effekte von Logistikimmobilien.



Alle Veröffentlichungen und hilfreiche Informationen zu Logistikansiedlungen finden Sie unter:
www.logix-award.de/publikationen



GovIntel ist Sieger des Smart Country Startup Awards 2025

- KI-gestützte Analyse öffentlicher Daten zur Vorhersage von Beschaffungen überzeugt Jury auf der Smart Country Convention
- Auszeichnung für innovativste Lösung für den digitalen Staat von morgen

Der Smart Country Startup Award geht in diesem Jahr nach Berlin. Das Startup GovIntel konnte sich mit seinem Pitch auf der Smart Country Convention in Berlin unter den fünf Finalisten durchsetzen. Der Smart Country Startup Award wird jährlich als Innovationspreis für junge Unternehmen mit herausragenden Lösungen für den Public Sector von Get Started, der Startup-Initiative des Digitalverbands Bitkom, vergeben. Kooperationspartner sind in diesem Jahr Deloitte und die Landesinitiative Projekt Zukunft der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

„Innovative Startups sind die treibende Kraft für frische Einfälle und digitale Lösungen in unseren Städten und der öffentlichen Verwaltung. Beim Smart Country Startup Award erleben wir, wie kreative Ideen und technologische Ansätze ihren Weg auf die große Bühne finden

und hier die Aufmerksamkeit erhalten, die sie verdienen“, sagt Daniel Breiting, Leiter Startups & Scaleups beim Bitkom. „Die Smart Country Convention verbindet die Startup-Szene direkt mit den Entscheiderinnen und Entscheidern aus Kommunen und Behörden. So entsteht echte digitale Transformation.“ Um die Sichtbarkeit solcher Startups nachhaltig auszubauen, erhält der diesjährige Gewinner des Innovationspreises einen Bühnenslot auf der Smart Country Convention 2026 im Gegenwert von 10.000 Euro, sowie eine kostenfreie einjährige Startup-Mitgliedschaft im Bitkom.

Das Berliner Startup GovIntel wertet mit Hilfe von KI-Vergabemittelungen, Haushaltsdaten, Sitzungsunterlagen und Parlamentsdebatten aus. So entstehen Hinweise auf geplante Beschaffungen, oft sechs bis zwölf Monate bevor eine Ausschreibung veröffentlicht wird. Unternehmen können ihre Lösungen rechtzeitig positionieren und Verwaltungen lernen passende Innovationen kennen, bevor ein enger Ausschreibungsrahmen feststeht.

Weitere
Infos zum Smart Country
Startup Award unter
[WWW.BITKOM.ORG/
THEMEN/STARTUPS/
SMART-COUNTRY-
STARTUP-AWARD](http://WWW.BITKOM.ORG/THEMEN/STARTUPS/SMART-COUNTRY-STARTUP-AWARD)



WAS WÄRE, WENNFÖRDERGELDER DIREKT IN WIRKUNG INVESTIERT WERDEN?

Hauke Diederich | Leitung "Klima Innovationen" der Abteilung Klimaschutz, Landeshauptstadt Stuttgart

Viele gute Ideen für den Klimaschutz können ihre volle Wirkung nicht entfalten. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass klassische Förderprogramme viel Zeit und Energie bündeln, weil geförderte Organisationen endlose Nachweise und Berichte erstellen müssen. Gleichzeitig muss auch die Verwaltung ihre Ressourcen in die Prüfung von Verwendungsnachweisen und Berichten stecken, anstatt geförderte Organisationen mit ihren Kompetenzen und Netzwerken zu unterstützen. So fehlt auf beiden Seiten die Kraft, Innovationen wirklich voranzubringen.

Mit dem Stuttgarter Klima-Innovationsfonds haben wir ein Instrument geschaffen, das genau hier ansetzt. Wir fördern Projekte, die wirken und schnell umsetzbar sind, mit bis zu 500.000 Euro. So wollen wir die besten Klima-Innovationen nach Stuttgart holen.

SYSTEM DER ERGEBNISBASIERTEN FINANZIERUNG

Unser Anspruch ist, dass sich die geförderten Projekte voll auf die Umsetzung konzentrieren können und die Förderung möglichst unbürokratisch läuft. Dazu haben wir ein System

der ergebnisbasierten Finanzierung entwickelt: Wir legen mit den Projekten Ziele fest, die mit Teilzahlungen der Förderung hinterlegt sind. Sind die Ziele erreicht, wird die Förderung ganz ausgezahlt.

Dazu braucht es nicht viel Papierkram, nur einen soliden Nachweis, dass das Ziel erreicht ist sowie eine tabellarische Übersicht über die Ausgaben. Den Projekten ersparen wir so das Erstellen von Berichten und umfangreiche Abrechnungen, wie sie in anderen Förderprogrammen üblich sind. Und wir in der Stadtverwaltung können uns darauf konzentrieren, das zu prüfen, was wirklich wichtig ist: das Erreichen der vorab festgelegten Ziele.

Inzwischen haben wir knapp 14 Millionen Euro vergeben und somit jeweils das jährliche Fördervolumen ausgeschöpft. Wir fördern Klima-Innovationen, um sie erstmals im größeren Maßstab in Stuttgart umzusetzen und den geförderten Organisationen die Möglichkeit zu geben, ihre Lösung zu beweisen: von Wärmepumpen für einzelne Etagenwohnungen über Wohnraumsuffizienz und die Elektrifizierung des städtischen Lieferverkehrs bis hin zu begrünten, biodiversen Fassaden. Einerseits können Bürger:innen diese Innovationen

damit direkt selbst erleben und nutzen. Andererseits ist es einigen geförderten Organisationen – oft Start-ups – gelungen, so auch Investor:innen oder große Akzeleratoren für sich zu gewinnen. Für diesen Erfolg wurden wir mit dem „Bewährt vor Ort“-Siegel in den Kategorien „Verwaltung von morgen“ und „Klima- und Ressourcenschutz sowie Klimafolgenanpassung“ ausgezeichnet.



GEFÖRDERTE PROJEKTE IN NETZWERKE EINSPEISEN

Die finanzielle Förderung stellt aber nur einen Teil des Klima-Innovationsfonds dar. Die Einsparungen bei der Zeit für die Prüfung von Berichten und Belegen nutzen wir, um die Projekte zu unterstützen. Dazu bringen wir die geförderten Lösungen mit unseren Netzwerken in die Ämter der Stadtverwaltung, mit Bürgermeister:innen, aber auch mit relevanten Akteur:innen außerhalb der Verwaltung zusammen. So werden frühzeitig Herausforderungen erkannt und potentielle Partner:innen gefunden.

Bei der Entwicklung des Stuttgarter Klima-Innovationsfonds haben wir auch gelernt, wie wichtig die enge Zusammenarbeit mit unserer Kommunikationsabteilung ist. Sie sorgt dafür, dass unsere Arbeit sichtbar wird und die Projekte die Aufmerksamkeit bekommen, die sie verdienen. Davon profitieren beide Seiten: Wir erhalten durch die starke Präsenz in der Klimakommunikation mehr und qualitativ bessere Anträge, während die Kommunikationsabteilung mit konkreten Beispielen zeigen kann, dass Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in unserer Stadt tatsächlich in Schwung kommen.

So wird deutlich, dass es beim Klimaschutz nicht nur Anforderungen an die Bürger:innen und immer strengere Regeln gibt, sondern unsere Stadt selbst Verantwortung übernimmt und innovative Lösungen für die Bürger:innen bietet. Diese Sichtbarkeit schafft Vertrauen und macht Mut, neue Ideen einzubringen.

RECHTLICHES NEULAND AUSGESTALTEN

Natürlich begegnen wir auch Herausforderungen. Wir bewegen uns auf rechtlichem Neuland, da es bisher kaum Vorga-

» *Einerseits können Bürger:innen diese Innovationen damit direkt selbst erleben und nutzen. Andererseits ist es einigen geförderten Organisationen – oft Start-ups – gelungen, so auch Investor:innen oder große Akzeleratoren für sich zu gewinnen.«*

Hauke Diederich
Leitung „Klima Innovationen“
der Abteilung Klimaschutz,
Landeshauptstadt Stuttgart

ben oder Rechtsprechung für ergebnisbasierte Förderungen gibt. Ergebnisse so zu definieren, dass sie überprüfbar, spezifisch und zugleich flexibel genug sind, ist eine Kunst. Außerdem sind wir noch stark vom kommunalen Haushalt abhängig. Wir sind aber dabei, neue Finanzierungsquellen zu erschließen, um den Fonds langfristig unabhängig zu machen.

Trotzdem sehen wir, welche Wirkung der Klima-Innovationsfonds in Stuttgart bereits entfaltet und genau das treibt uns an. Wir haben unseren Ansatz von Anfang an so gewählt, dass er in anderen Kommunen einfach replizierbar ist. Denn unser Wunsch ist, dass mehr Kommunen den Mut finden, ähnliche Wege zu gehen. Wir brauchen jetzt Lösungen für den Klimaschutz, die direkt umgesetzt werden. Städte können dabei eine entscheidende Rolle spielen, indem sie Förderprogramme aufsetzen, die sich auf Wirkung konzentrieren und Projekte nicht in Bürokratie ersticken. Wer Interesse hat, diesen Weg auch zu gehen, darf unsere Förderrichtlinie gerne kopieren. Wir diskutieren auch gerne unsere Erfahrungen. ■



Bewährt vor Ort

Bewährte Lösungen sichtbar machen und ihre Verbreitung fördern – das haben sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und Re:Form – die von ProjectTogether geschaffene Allianz von Verwaltungspionier:innen – zur Aufgabe gemacht und zum zweiten Mal das Siegel „Bewährt vor Ort“ verliehen. Ausgezeichnet werden kommunale Projekte, die in der Praxis nachweislich funktionieren und das Potenzial haben, bundesweit als Vorbild zu wirken. Die Stadt Stuttgart hat das Siegel in der Kategorie „Klima- und Ressourcenschutz sowie Klimafolgenanpassung“ erhalten.



WAS WÄRE, WENNMEHRWEG MIT EINER STEUER ZUM STANDARD WIRD?

Tobias Staufenberg | Stadt Tübingen

Überquellende Mülleimer, verschmutzte Straßen und hohe Entsorgungskosten prägen vielerorts das Stadtbild. Gerade Einwegverpackungen aus der Gastronomie wie Kaffeebecher, Dönerboxen oder Pizzakartons sind ein wachsendes Problem. Sie landen oft in öffentlichen Mülleimern, deren Entleerung die Allgemeinheit bezahlt. Im Kern bedeutet das eine verdeckte Subventionierung von Geschäftsmodellen, die auf Einweg setzen und die Entsorgungskosten auf die Stadt abwälzen. Uns war klar: So kann es nicht weitergehen.

Deshalb haben wir in Tübingen die Verpackungssteuer eingeführt. Seit dem 1. Januar 2022 müssen Verkaufsstellen von Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck eine Abgabe leisten, wenn sie darin Speisen oder Getränke zum Mitnehmen ausgeben. Pro Verpackung, Schale oder Becher werden 50 Cent fällig, für Besteck oder Trinkhalme 20 Cent; maximal 1,50 Euro pro Mahlzeit.

ANREIZE SCHAFFEN

Gleichzeitig haben wir im Vorfeld ein Förderprogramm aufgelegt, das 110 Gastronomiebetriebe bei der Einführung von Mehrweg unterstützt hat. Betriebe konnten hierbei 500 Euro für Mehrweg-geschirr und bis zu 1000 Euro für eine Spülmaschine erhalten. Denn klar war auch: Die Steuer ist kein Selbstzweck, sondern soll Anreize setzen, auf Mehrweg umzusteigen. Auf Speisen und Getränke in Mehrwegbehältern fällt die Abgabe nicht an.

Mit sichtbarer Wirkung. Heute bieten rund 140 Betriebe in Tübingen Mehrwegbehältnisse an, viermal so viele wie vor Einführung der Steuer. Das Stadtbild hat sich spürbar verändert. Mehrwegbecher und -schalen sind allgegenwärtig, der Bauhof berichtet von weniger überquellenden Mülleimern und deutlich weniger Handarbeit beim Aufsammeln von

Abfällen. Dafür wurde die Verpackungssteuer Tübingen mit dem Bewährt vor Ort-Siegel ausgezeichnet.

Auch die Finanzen zeigen, dass sich das Modell trägt. 2022 lagen die Verpackungssteuereinnahmen bei rund einer Million Euro, die Personalkosten für die Steuerverwaltung dagegen bei nur etwa 100.000 Euro.

Allerdings war der Weg zur Verpackungssteuer auch kein einfacher Prozess. Ende 2018 beauftragte uns der Gemeinderat damit, einen Vorschlag für eine kommunale Verpackungssteuer zu erarbeiten. Im Januar 2020 wurde die von uns vorgelegte Steuersatzung beschlossen und ursprünglich sollte sie Anfang 2021 in Kraft treten. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde der Start sechs Monate später auf den 1. Januar 2022 verschoben.

KOMMUNALE VERPACKUNGSSTEUERN SIND ZULÄSSIG

Dazu gab es auch rechtliche Hürden. Einer Klage gegen die Verpackungssteuer wurde zunächst in erster Instanz stattgegeben. Doch in der Revision wurde die Verfassungsbeschwerde vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Damit ist endgültig klar: Kommunale Verpackungssteuern sind zulässig und andere Kommunen können rechtlich sicher auf unserem Modell aufbauen, solange sie sich an die Tübinger Steuersatzung halten. Konstanz ist bereits unserem Beispiel gefolgt und hat als erste weitere Kommune Anfang 2025 eine eigene Verpackungssteuer eingeführt.

VERÄNDERUNG BRAUCHT ENTSCLOSSENHEIT

Veränderung braucht Entschlossenheit und manchmal auch langen Atem. Unser Wunsch für die Zukunft ist, dass noch mehr Kommunen den Mut finden, eigene Verpackungssteuern einzuführen. Die rechtlichen Hürden haben wir genommen.



» *Kommunale Verpackungssteuern sind zulässig und andere Kommunen können rechtlich sicher auf unserem Modell aufbauen, solange sie sich an die Tübinger Steuersatzung halten.*«

Tobias Staufenberg
Stadt Tübingen



Jetzt gilt es, diese Chance zu nutzen. Denn die Umstellung auf Mehrweg ist nicht nur ein Gewinn für unsere Städte, sondern auch für den Schutz unserer Umwelt. ■



Bewährt vor Ort

Bewährte Lösungen sichtbar machen und ihre Verbreitung fördern – das haben sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und Re:Form – die von ProjectTogether geschaffene Allianz von Verwaltungspionier:innen – zur Aufgabe gemacht und zum zweiten Mal das Siegel „Bewährt vor Ort“ verliehen. Ausgezeichnet werden kommunale Projekte, die in der Praxis nachweislich funktionieren und das Potenzial haben, bundesweit als Vorbild zu wirken. Die Stadt Tübingen hat das Siegel in der Kategorie „Klima- und Ressourcenschutz sowie Klimafolgenanpassung“ erhalten..

3 X 30 BAUMSÄCKE ZU GEWINNEN

Wer kann mitmachen?

- **Städte und Gemeinden in ganz Deutschland**
- **Voraussetzung:** Die Säcke können im öffentlichen Raum eingesetzt werden (z. B. Straßen- oder Parkbäume).
- **Bewerbung:** Warum soll Ihre Stadt oder Gemeinde dabei sein und bei welchem Event werden die bunten Säcke eingeweiht? Schreiben Sie uns an presse@e-wie-einfach.de.



Sie wollen Ihre Stadt oder Gemeinde ebenfalls in eine Urban Tree Gallery verwandeln?



E WIE EINFACH bringt Kunst an Stadtbäume - Jetzt an unserem Gewinnspiel teilnehmen und 30 bunte Baumsäcke gewinnen.

Machen Sie Ihre Stadt oder Gemeinde grüner, cooler und kreativer – holen Sie ein Stück Street-Art in den öffentlichen Raum! E WIE EINFACH verlost 3 x 30 Baumbewässerungssäcke

Bäume retten und Straßen in Galerien verwandeln? Wie das geht, zeigt der volldigitale Energieanbieter E WIE EINFACH. Mit dem **Projekt #artfortrees** inszeniert das Unternehmen mithilfe von bunten Baumbewässerungssäcken Stadtbäume als Urban Tree Gallery.

Street-Art-Stars wie Strassenmaid, BONA_BERLIN und Dave the Chimp haben ausgediente LKW-Planen zu Baumbewässerungssäcken recycelt – und in echte Hingucker verwandelt. Jeder Sack ist ein Kunstwerk und sorgt dafür, dass Straßenbäume genug Wasser bekommen. Nachhaltig, leuchtend und ein Statement für ein besseres Stadtklima!

Das gibt's zu gewinnen:

- Drei Kommunen erhalten je **30 künstlerisch gestaltete Baumbewässerungssäcke** für ihre eigene Urban Tree Gallery.
- Jeder Sack hat einen QR-Code mit Infos zu den Künstler:innen.
- Die ausführlichen **Teilnahmebedingungen und Datenschutzhinweise** finden Sie unter www.e-wie-einfach.de/artfortrees.

Bewerbungsschluss: Montag, **16. Januar 2026**

Bewerbung oder Fragen an: presse@e-wie-einfach.de

Warum Baumsäcke?

Stadtbäume sind unverzichtbar: Sie kühlen, filtern die Luft und bieten Lebensraum. Doch Klimawandel, Abgase und versiegelte Flächen setzen ihnen immer stärker zu. Die **#artfortrees-Baumsäcke** speichern bis zu 90 Liter Wasser und geben es tropfenweise an den Boden ab. So bleiben die Bäume länger versorgt – und Ihre Städte und Gemeinden bunter.

VERANSTALTUNG

Mittendrin und gut versorgt.

Eine Initiative des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Mittendrin und gut versorgt

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) führt in Kooperation mit dem Lebensmitteleinzelhändler Lidl eine Initiative zu vielfältigen Themen rund um die kommunale Nahversorgung durch. Nach bereits vier Regionalkonferenzen in Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Bayern, wird die fünfte Konferenz dieser Veranstaltungsreihe am 15. Dezember 2025 in Rheinland-Pfalz in der Zeit von 09:30 bis 13:30 Uhr im Rathaus Nieder-Olm (Pariser Straße 110, 55268 Nieder-Olm) stattfinden. Bei der vom Städtetag Rheinland-Pfalz und Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz unterstützten Veranstaltung steht die Bedeutung einer guten und bürgerfreundlichen Nahversorgung als Schlüssel für Lebens- und Standortqualität im Mittelpunkt. Mit Blick auf die vorhandenen Schwierigkeiten soll eine Plattform für den Austausch von Erfahrungen geboten werden und gleichzeitig ein Beitrag dazu geleistet werden, den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, wie auch des Einzelhandels und den gesetzlichen Regelungen für Planung, Bau und Betrieb gerecht zu werden.

Ausgangslage und Zielstellung

Die Initiative des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat sich – mit Unterstützung des Unternehmens Lidl – zum Ziel gesetzt, den Dialog aller Beteiligten in den Innenstädten zu fördern.

Eine gute Nahversorgung ist für Kommunen ein zentrales Thema und zählt neben vielen weiteren Themen zu den wesentlichen Faktoren, die eine hohe Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden ausmachen. In spannenden Impulsvorträgen und Diskussionsrunden soll unter anderem folgenden Fragen nachgegangen werden: Worauf kommt es bei der Erarbeitung und Umsetzung von Stadtentwicklungs- und Nahversorgungskonzepten besonders an? Was sind die Erfolgsfaktoren für lebendige und attraktive Innenstädte und Ortskerne? Wie können städtebauliche, ökonomische und soziale Faktoren in Einklang gebracht werden? Wie können unterschiedliche Nutzungsansprüche wie z.B. Einzelhandel, Wohnen, Freizeit und Kultur sich optimal ergänzen und miteinander in Einklang gebracht werden? Wie lassen sich die notwendigen Entscheidungs- und Planungsprozesse möglichst effizient gestalten?

Datum und Uhrzeit:

15. Dezember 2025, 09:30 Uhr - 13:30 Uhr

Ort der Veranstaltung:

Rathaus Nieder-Olm, Pariser Straße 110, 55268 Nieder-Olm

Die Teilnahme ist kostenlos.



Das „Bewährt vor Ort“-Siegel Verleihung 2025



Re:Form

Re:Form ist eine von ProjectTogether initiierte Allianz aus Verwaltungspionier:innen, die heute schon am Staat von morgen arbeitet. Und das über alle föderalen und Hierarchieebenen hinweg. Im Re:Form-Newsletter erzählen die Verwaltungspionier:innen von ihren erprobten Ansätzen in der Verwaltung.

Mehr zu ProjectTogether

www.projecttogether.org

Mehr zu Re:Form

www.reform-staat.org

Re:Form-Newsletter abonnieren

<https://page.projecttogether.org/reform>

Übersicht der
Lösungen unter
[REFORM-STAAT.ORG-
LOESUNGEN-2025](http://REFORM-STAAT.ORG-LOESUNGEN-2025)

BEWÄHRT VOR ORT DIE GEWINNER DER KATEGORIE „KLIMA- UND RESSOURCENSCHUTZ SOWIE KLIMAFOLGEANPASSUNG“

Bewährte Lösungen sichtbar machen und ihre Verbreitung fördern – das haben sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und Re:Form – die von ProjectTogether geschaffene Allianz von Verwaltungspionier:innen – zur Aufgabe gemacht und zum zweiten Mal das Siegel „Bewährt vor Ort“ verliehen. Ausgezeichnet werden kommunale Projekte, die in der Praxis nachweislich funktionieren und das Potenzial haben, bundesweit als Vorbild zu wirken.

Auf dem Deutschen Kommunalkongress in Berlin wurden 29 Projekte in vier Themenbereichen ausgezeichnet: Gutes Ankommen und gesellschaftliche Teilhabe, Klima- und Ressourcenschutz sowie Klimafolgenanpassung, Nachhaltiges Bauen & Verwaltung von morgen. In dieser Ausgabe

unserer Zeitschrift „Stadt und Gemeinde digital“ haben wir mit den Artikeln zu Fördergeldern in Stuttgart und der Mehrwegsteuer in Tübingen zwei Lösungen aus der Kategorie „Klima- und Ressourcenschutz sowie Klimafolgenanpassung“ ausführlich vorgestellt. Auf den folgenden Seiten finden Sie kurze Beschreibungen der weiteren fünf Gewinner derselben Kategorie. Die Vorstellung der Gewinner aus den Kategorien Teilhabe und Bauen folgen in den nächsten Ausgaben der „Stadt und Gemeinde digital“. Eine Übersicht der Lösungen ist schon jetzt zu finden unter:

[https://reform-staat.org/experiments/bewaehrt-vor-ort/
loesungen-2025](https://reform-staat.org/experiments/bewaehrt-vor-ort/loesungen-2025)

Mehrwegkonzepte Düsseldorf

Das Problem: Von Einweggeschirr überquellende Mülleimer und gelitertes Einweggeschirr belasten die Umwelt. Wenn man nun die letzte Abfallanalyse Düsseldorfs betrachtet und sieht, dass Take-away-Verpackungen bis zu 40% des Volumens der öffentlichen Mülleimer befüllen, ergibt sich eindeutig, dass Maßnahmen zur Reduzierung dieser Müllart nicht nur unmittelbaren Umweltschutz darstellen, sondern direkt im Interesse der BürgerInnen liegen. Eine rigorose Vermeidung von Einweggeschirr auf Großveranstaltungen ist dementsprechend im Interesse der Umwelt und der Bürger. Stadtrechtlich ist eine solche Maßnahme in der Abfallentsorgungssatzung auch schon im „Mehrweggebot“ umgesetzt worden. Die Politik fordert basierend auf den Umfragen und dem Umweltschutznutzen konsequenter Weise, dass das „Mehrweggebot“ der Lan-

deshauptstadt Düsseldorf auf allen Veranstaltungen eingehalten wird. Die Umsetzung ist allerdings mit mehreren verwaltungstechnischen, rechtlichen und organisatorischen Schwierigkeiten verbunden.

Wie wurde das Problem gelöst?

Die Lösung bestand aus über 100 bilateralen Gesprächen mit VeranstalterInnen zum Mehrweggebot, einer Einigung mit den Wirtschaftenden auf einen schrittweisen Umsetzungsprozess und der Etablierung einer privatrechtlichen Klausel in Miet- und Pachtverträgen mit der Stadt. Diese Klausel verlegte die Verantwortung der Umsetzung eines Mehrwegkonzeptes von den SchaustellerInnen zu den VeranstalterInnen, welche in einer wesentlich besseren Position sind, um ein einheitliches und damit besucherfreundliches Mehrwegkonzept umzusetzen.

Umsetzungsprozess: 2022 begann die Umsetzung des Düsseldorfer

Mehrweggebotes aus der Abfallentsorgungssatzung der LHD (§5 Abs. 2 AES) begleitet von der neuen Vertragsklausel bei fiskalischen Flächen. Zunächst gab es 2022 ein Teilkonzept bei dem die Schausteller nur eine Mehrwegalternative anbieten mussten aber immer noch parallel Einweggeschirr ausgeben durften. 2023 wurde dies dahingehend erweitert, dass nur noch Mehrwegbecher ausgegeben werden durften, wobei die Rheinkirmes 2023 als Vorreiter bereits ein allumfassendes Einwegverbot ausgesprochen hatte. Seit 2024 ist es nun Vorgabe vorrangig Mehrweggeschirr im Essen- und Getränkebereich einzusetzen und im Sommer 2024 waren dann somit alle Großveranstaltungen zu Mehrwegveranstaltungen geworden. Ausnahmen gibt es nur bei sogenannten minimalistischen Verpackungen wie Servietten, Pergamentpapier, Wrappern oder Spitztüten.

Klimasensoren Dormagen – Leibniz-Gymnasium Dormagen

Das Problem: Die Bevölkerung in unserer Stadt kann sich ab dem Frühjahr 2025 durch eine Webseite über die Hitzebelastung (Temperatur + Luftfeuchte) in Echtzeit informieren. Zusätzlich gibt es dann eine „Hitzeampel“, die vor hoher Wärmebelastung warnt. Die erhobenen Daten fließen in das Klimaanpassungskonzept der Stadt mit ein, mit der wir eng zusammenarbeiten.

Wie wurde das Problem gelöst? Die Schülerinnen und Schüler haben im Rahmen eines Projektes 100 Klimasensoren gebaut, die über WLAN und LORAWAN alle 15 Minuten Temperatur und Luftfeuchte in eine Datenbank senden. Die Sensoren sind über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Diese

Daten lassen sich ab dem Frühjahr 2025 in niederschwelliger Weise von der Bevölkerung in Echtzeit abrufen. Zusätzlich stehen diese Daten der Stadt zur Verfügung.

Umsetzungsprozess: Angefangen hat es mit einem einfachen IoT (Internet of Things) Projekt im Informatikunterricht der Klasse 10. Daraus ist dann die Idee der Klimasensoren entstanden und mit mehreren Prototypen und Verbesserungen realisiert worden. Die Software und die grundlegenden Strukturen des Datenbankservers und der Webseite waren Bestandteile des Projektes. Inzwischen hat der 9er Informatikkurs das Projekt „geerbt“ und gestaltet gerade die Webseite komplett neu. Im September 2024 wurde das Projekt mit dem Bundespreis „Blauer Kompass“ und einem Preisgeld von 25.000€ ausgezeichnet.



Stadt-Land-Klima

Das Problem: Die Vergleichbarkeit von Kommunen bei ihren Anstrengungen zur Umsetzung von kommunalem Klimaschutz, kommunales Klimaschutz-Ranking und eine Plattform zur Vernetzung kommunaler Klimaschutzakteure.

Wie wurde das Problem gelöst? Wir haben 35 Maßnahmen aus einem Pool von über 100 Maßnahmen (UBA und Difu) ermittelt, die geeignet sind eine Vergleichbarkeit der Kommunen zu ermöglichen.

Dafür haben wir eine **Web-App**

www.stadt-land-klima.de entwickelt, in der die Akteure in den Kommunen den Stand der Erfüllung eingeben können. Die eingegebenen Daten können ständig aktualisiert werden. Unsere Web-App fördert die

Zusammenarbeit verschiedener kommunaler Akteure, wie z. B. lokale Gruppen mit Klimamanager:innen, Politik und Verwaltung über die Kommunengrenzen hinaus.

Umsetzungsprozess: Die grundsätzliche Idee wurde 2022/23 geboren. 2023 erfolgte die erste Umsetzung mittels einer Pilotlösung. In dieser Phase, bis März 2024, wurde an der Verfeinerung und Validierung der Maßnahmen und der Bewertungskriterien gearbeitet. Im Juni 2024 ging die Beta-Version der Web-App <https://www.stadt-land-klima.de/> online.

Stand Januar 2025 sind 17 Kommunen im Ranking veröffentlicht. Über weitere 50 Kommunen befinden sich im Arbeitsmodus. Die Umsetzung erfolgte bisher ehrenamtlich, ohne jede Vergütung.



Nachhaltige Beschaffungskultur in Ludwigsburg

Das Problem: Unsere Erde ist in Gefahr: Sechs der neun planetaren Grenzen, die unser Überleben sichern, sind bereits überschritten. Eine konsequente Umstellung auf Kreislaufwirtschaft ist dringend notwendig, um unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Die Stadt Ludwigsburg beschafft jährlich umfangreiche Liefer-, Dienst- und Bauleistungen. Bis 2018 wurde der Hebel der nachhaltigen Beschaffung jedoch kaum genutzt, und der Zuschlag ging meist an das günstigste statt an das wirtschaftlichste Angebot. In Deutschland wenden öffentliche Auftraggeber jährlich etwa 350 Milliarden Euro für Beschaffungen auf. Dennoch wird nachhaltige Beschaffung bisher nur begrenzt umgesetzt. Ursachen dafür sind unter anderem fehlende strategische Verankerung, das Fehlen eines einheitlichen Nachhaltigkeitsbegriffs und klare Zielvorgaben in Richtung Kreislaufwirtschaft.

Wie wurde das Problem gelöst? Unsere Lösung basiert auf einer

strategisch verankerten nachhaltigen Beschaffungskultur, um die Kreislaufwirtschaft voranzutreiben. Dafür wurden folgende Strukturen geschaffen: Eine Dienstanweisung sichert Verbindlichkeit und regelt klare Abläufe. Eine Kompetenzstelle unterstützt Bedarfsstellen, entwickelt Pilotprojekte und verantwortet die strategische Weiterentwicklung. Die Beschaffung folgt dem innovativen Cradle-to-Cradle Ansatz zur Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft. Eine Einkaufsstrategie strukturiert Ziele und Entwicklungsschritte. Durch diese Maßnahmen wurden sämtliche Beschaffungen der Stadt Ludwigsburg auf Nachhaltigkeit umgestellt. Der zirkuläre Ansatz wird in allen Phasen des Beschaffungsprozesses angewendet – von der Bedarfsanalyse über die Erstellung der Vergabeunterlagen bis zum End-of-Life-Management. Dadurch werden Ressourcen geschont, Emissionen reduziert und innovative Lösungen gefördert.

Umsetzungsprozess: Die Verankerung einer nachhaltigen Beschaffung in der Stadtverwaltung zur

Förderung der Kreislaufwirtschaft hatte drei Ursprünge:

1. Der regionale FairTrade Verein brachte die Idee in Beteiligungsformaten ein.
2. Ein Workshop des Innovationsnetzwerks Ludwigsburg zum Thema Circular Economy regte an, die Nachfrage der Stadtverwaltung als Anreiz für regionale Unternehmen zu nutzen.
3. Mitarbeitende der Stadtverwaltung wollten bei Vergaben neben dem Preis auch ökologische, soziale und innovative Kriterien stärker berücksichtigen.

Daraufhin beschloss die Verwaltung die Einführung einer nachhaltigen Beschaffung, um die Kreislaufwirtschaft zu fördern. Eine Projektgruppe mit relevanten Stakeholdern definierte in Workshops die zentralen Schritte: Im ersten Schritt wurde das Ziel einer Kreislaufwirtschaft nach dem Cradle to Cradle Vorbild formuliert. Anschließend folgten eine verbindliche Dienstanweisung und die Einrichtung einer Stelle zur Umsetzung und Weiterentwicklung.

Klima trifft Kommune

Das Problem: Die Klimaziele von Bund, Ländern und den Kommunen selbst erfordern große Anstrengungen von Politik und Verwaltung, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern. Das Thema hat das Potential nicht nur die kommunalen Haushalte und Personalkapazitäten, sondern auch die politische Stimmung in der Kommune zu belasten. Wie können Kommunen Klimaschutzziele erreichen und sich dabei in Ihrem Handeln auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen?

Wie wurde das Problem gelöst?

Die Lösung: "Klima trifft Kommune". In einem bundesweiten Modellprojekt organisieren wir in unseren Partnerkommunen Osterburg (Sachsen-Anhalt), Flensburg und Pinneberg (beide

Schleswig-Holstein) Bürgerräte, über deren Empfehlungen anschließend in einem verbindlichen Ratsreferendum abgestimmt wird. Dabei arbeiten wir eng mit den jeweiligen Verwaltungen zusammen. So lässt sich Klimapolitik effektiv und bürgernah gestalten.

Durch Einbezug lokalen Wissens werden die besten Lösungen für kontroverse, klimapolitische Aufgaben gefunden und durch Abstimmung legitimiert, was den Kommunen auch die Umsetzung tiefgreifender Klimaschutzmaßnahmen ermöglicht.

Umsetzungsprozess: Die Idee entstand bereits Ende 2023. Nach einer längeren Akquisephase konnten wir bis Herbst 2024 drei Modellkommunen für das Projekt gewinnen. In der ersten Projektphase erfolgt aktuell die Vorbereitung und Durchführung des ersten

Bürgerrates in Osterburg. Dazu zählen u.a. das Losverfahren, der genaue Themenzuschnitt, die Expert:innen- und Teilnehmendenauswahl, die Durchführung der Bürgerratssitzungen im Plenum und in Kleingruppen sowie die Ausarbeitung der Empfehlungen. In der zweiten Projektphase wird das Ratsreferendum vorbereitet und durchgeführt. Hierzu zählen vor allem der Transfer der Bürgerratsempfehlungen zu Abstimmungsfragen.

Da die zur Abstimmung stehenden Vorschläge zuvor von einem repräsentativ besetzten Bürgerrat intensiv diskutiert und ausgearbeitet werden, stehen die Chancen gut, dass die Vorschläge im Bürgerentscheid auf Zustimmung stoßen. Bis Mitte 2027 werden in allen drei (potentiell vier) Kommunen die jeweiligen Bürgerräte und Entscheide stattgefunden haben.

Anzeige

WÄRMEPUMPE WEITERGEDACHT



ZUKUNFTSWEISENDE HEIZLÖSUNGEN IM WOHNUNGSBAU

Die Großwärmepumpen der MEHP-iS-G07-Serie von Mitsubishi Electric setzen neue Maßstäbe für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Ideal für große Wohnprojekte, bieten sie leisen Betrieb und hohe Leistungsfähigkeit. Ein Beispiel ist das Projekt in Künzelsau, wo 80 Wohnungen nach KfW-40-EE-Standard versorgt werden.



HEAT EXPO
Besuchen Sie uns
25. – 27.11.2025
Stand 4.F30
mitsubishi-les.com



25. DEUTSCHLANDFORUM AM 13./14.10.2025 IN BERLIN DATUM25 – RÜCKBLICK IN DIE ZUKUNFT

Zum 25. Deutschlandforum des Innovators Club trafen sich im Oktober 2025 zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Kommunalpolitik, Wirtschaft und Verwaltung, um unter dem Titel „DATUM 25 – Rückblick in die Zukunft“ vielfältige Fragestellungen rund um die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu diskutieren.

Eva Witt, Niederlassungsleiterin und Bereichsleiterin Individualfinanzierung und Öffentliche Kunden bei der KfW, begrüßte als Gastgeberin die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie unterstrich die langjährige Partnerschaft zwischen dem Innovators Club und der KfW und die gemeinsamen Aktivitäten, um Innovationen im öffentlichen Sektor zu fördern. Die offizielle Eröffnung nahm im Anschluss Bürgermeister Ralph Spiegler als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) vor. Er betonte die besondere Innovationskraft der kommunalen Ebene, blickte aber gleichzeitig besorgt auf die prekäre Finanzlage der Kommunen. Spiegler appellierte, man brauche dringend strukturelle Reformen, um dem dramatischen Finanzierungsdefizit zu begegnen.

In seinem Impulsvortrag skizzierte Thomas Jarzombek, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, die Vorhaben der Bundesregierung mit Blick auf die dringend notwendige Digitalisierung. Er stellte heraus, dass es darum gehe, die bürokratischen Hürden konsequent abzubauen und gleichzeitig die Effizienz aller staatlichen Ebenen zu stärken. Dazu könnten auch Lösungen im Bereich der künstlichen Intelligenz beitragen. In der anschließenden Diskussion machten die Mitglieder der kommunalen Ideenschmiede deutlich, dass man sich einen klaren Rahmen wünsche, innerhalb dessen sich dann die Kraft der Kommunen entfalten könne. Notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Staatsmodernisierung sei eine enge und umfassende Einbindung der Kommunen als bürgernächste Ebene.

Die Frage der Stärkung der Handlungsfähigkeit aller staatlichen Ebenen war auch Thema der Diskussionsrunde unter dem Titel „Der Staat zwischen Anspruch und Aufbruch“. Neben Ralph Spiegler und Eva Witt, diskutierten Eileen O’Sullivan

van, Dezernentin der Stadt Frankfurt am Main und Philipp von der Wipfel, Gründer von „ProjectTogether“, über die Ziele und Möglichkeiten von Reformen im Föderalismus. Spiegler forderte von Bund und Ländern mehr Vertrauen in die kommunale Umsetzungskraft. Mit Blick auf die Modernisierung des Staates unterstrich Eva Witt die Bedeutung eines Kulturwandels in der Verwaltung hin zu schnellen und unkomplizierten Entscheidungswegen. Damit das Vertrauen in Politik und Demokratie wieder gestärkt werde, müssten in möglichst kurzer Zeit bessere Ergebnisse präsentiert werden, ergänzte Eileen O’Sullivan. Ziel müsse es sein, den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden und sie umfassend in die Modernisierungsprozesse einzubinden. Um Veränderungsprozesse zu starten, brauche es allerdings auch eine andere Fehlerkultur, stellte Philipp von der Wipfel klar. In den öffentlichen Debatten würden immer noch mehr die Fehler und Risiken und zu wenig die Chancen für die positiven Entwicklungen im Mittelpunkt stehen. Insgesamt bestand Einigkeit darüber, dass in der derzeitigen Situation diverser Krisen die Chance zur Veränderung liege. Es müsse allerdings gelingen, wirklich in die Umsetzung zu kommen und eine Kultur der Erneuerung zu etablieren.

Kristina Jeromin von der Initiative „Made in Germany 2030“ forderte in ihrem Impuls ein langfristiges industriepolitisches Zielbild zu entwickeln und dabei Nachhaltigkeitsaspekte stets mitzudenken. Sie diskutierte diese Forderung in einer Gesprächsrunde mit Vanessa Gattung, Bürgermeisterin der Stadt Papenburg. Gattung kritisierte die unflexible Ausrichtung vieler Förderprogramme, welche es den Kommunen erschwere, vor Ort die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Zudem nannte sie den Schutz des Klimas als wichtige Form der Zukunftssicherung. Klares Fazit der Runde: Nachhaltigkeit darf nicht gegen wirtschaftliche Ziele ausgespielt werden, sondern ist im Gegenteil einer der Erfolgsfaktoren für einen starken Standort.

Im bewährten Innovators Club-Format „6x10 Minuten“ wurden in verschiedenen Impulsen Best-Practice-Beispiele aus und für Kommunen präsentiert. So stellte unter anderem Michael Dambacher, Oberbürgermeister der Stadt Ellwangen, die „Ellwangen-App“ als das digitale Herzstück der Innenstadt vor. Sie soll dazu beitragen, die lokale Wirtschaft zu fördern und gleichzeitig den Besuchern seiner Stadt Orientierung bieten. Jörn-Michael Westphal von der ProPotsdam GmbH, erläuterte den sogenannten Wohnflächen-Bonus vor, welcher Wohnungswechsel finanziell bezuschusst und so zur effizienteren Nutzung bestehender Wohnflächen beitragen soll. Dieses Konzept wurde unter anderem mit dem KfW-Award „Leben“ als besonders innovativer Ansatz ausge-

zeichnet. Erik Sieb bewarb die vom DStGB mit Unterstützung des Bundesfinanzministeriums entwickelte Initiative „KEN – Kommunen nutzen Expertise“, welche arbeitsbereite Fachkräfte im Ruhestand an Kommunen vermittelt. Ein besonderes Thema kommunaler Wirtschaftsförderung stellte Marc Trampe, Bürgermeister der Gemeinde Rellingen, vor. Er berichtete von dem Ansiedlungsprozess eines innovativen und nachhaltigen Rechenzentrums in seiner Gemeinde.



Unter dem Motto „#hacktheworldabetterplace“ stand mit Unterstützung von Dr. Julia Freudenberg, schließlich noch Programmieren im Eigenversuch auf der Agenda der Veranstaltung. Die Geschäftsführerin der Hacker School, hat es sich mit ihrem Team zum Ziel gesetzt, die Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen zu stärken und ihnen Begeisterung für digitale Fähigkeiten, etwa im Bereich Programmieren, zu vermitteln.

Den Abschluss des ersten Tages bildete das traditionelle Kammingespräch, diesmal zwischen Andreas Zarby von der Bundesagentur für Sprunginnovationen – SPRIND und Alexander Handschuh, Beigeordneter und Leiter des Innovators Clubs, zu den Aufgaben und Möglichkeiten von SPRIND und den großen Innovationspotenzialen in Deutschland.

Den zweiten Tag des Deutschlandforums eröffnete Valentina Kerst, Geschäftsführerin der Akademie für Künstliche Intel-

lignz im KI-Bundesverband, mit einem Vortrag zu den Anwendungsmöglichkeiten von KI. Künstliche Intelligenz stelle zwar nicht die Lösung aller Probleme, oftmals aber eine große Chance dar, so Kerst. Sie warb dafür, den Umgang mit KI in den Verwaltungen zu leben und zu lernen, um die Potenziale zu nutzen und einschätzen zu können. Kerst stellte zudem eine Reihe von praktischen Tools für den Einsatz in Kommunen vor.

In den anschließenden Innovators Club Dialogen sprach Prof. Dr. Igor Podebrad, Google Cloud, mit Alexander Handschuh, über unterschiedliche Dimensionen von Sicherheit im Digitalbereich. Dabei unterstrich er die Bedeutung einer guten Cyberabwehr, da es nur eine Frage der Zeit sei, bis jede Kommune mit einem digitalen Angriff konfrontiert sein werde. Im zweiten Dialog des Tages diskutierte Meinolf Ellers, von der Deutschen Presseagentur (dpa), mit Claudia Bienek über die Rolle von Künstlicher Intelligenz im Journalismus und die Möglichkeit, durch agile Austauschformate im Lokaljournalismus Vertrauen zurückzugewinnen.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine Diskussionsrunde mit zahlreichen Gründungsmitgliedern des Innovators Club. Unter dem Titel „Ausblick aus der Vergangenheit“ wurde über das Vertrauen in den Staat und Medien und Digitalisierungsprojekte im öffentlichen Sektor gesprochen. So forderte Thorsten Herrmann, Bürgermeister a.D. der Stadt Bensheim, „Zuversichtsprojekte“ zur Förderung von Vertrauen sowie eine klare Vision zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Auch Hans-Josef Vogel, Regierungspräsident und Bürgermeister a.D., stellte die Frage, was Staatsmodernisierung eigentlich ist und plädierte in diesem Prozess für überprüfbare Ziele. Dazu gehöre etwa eine digitale Verwaltung, die sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger verstehe. Eine kommunale Cloud in öffentlicher Hand könne hierzu ein erster Schritt sein, so Dieter Rehfeld, Geschäftsführer vote iT GmbH und elect iT GmbH. Zudem sei es wichtig, dass die Verantwortlichen Führung nationaler und breiter denken. Künstliche Intelligenz, ergänzte die ehemalige Bundestagsabgeordnete und Digitalexpertin Anke Domscheit Berg, könne Projekte im öffentlichen Sektor an unterschiedlichen Stellen unterstützen, löse aber grundlegende Probleme, wie fehlende Schnittstellen und einheitliche Standards oftmals nicht.

Nach zwei intensiven Tagen mit einem abwechslungsreichen Programm auf dem 25. Deutschlandforum waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass wichtige Zukunftsprojekte über alle föderalen Ebenen hinweg zügig angegangen und umgesetzt werden müssen. Für die grundlegende Modernisierung des Staates sind viele weitere Faktoren, wie etwa die Digitalisierung der Verwaltung und eine neue Leitkultur der Umsetzung und Führung entscheidend, bei denen die Kommunen weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen werden. ■

BUCHBESPRECHUNG

GRUNDSTEUERRECHT

BEWERTUNGS- UND GRUNDSTEUERGESETZ
INKLUSIVE ÖFFNUNGSKLAUSELN DER LÄNDER

Von Regierungsdirektor a.D.

Reinhard Stöckel

Thüringer Finanzministerium

3. überarbeitete Auflage 2025,

620 Seiten mit 13 Tabellen

Preis: € (D) 99,00 kartoniert

ISBN 978 3 555 02245 1

(Auch als eBook (PDF/ePub) erhältlich.)

Verlag W. Kohlhammer GmbH,

Heßbrühlstr. 69, 70565 Stuttgart

Mail: kontakt@kohlhammer.de

Mit dem in 3. überarbeiteter Auflage erschienen Werks „Grundsteuerrecht“ hat Reinhard Stöckel einen aktuellen, systematischen Kommentar zum Bewertungs- und Grundsteuergesetz vorgelegt, der auch auf die Öffnungsklauseln und länderspezifischen Ausprägungen nach der Reform eingeht.

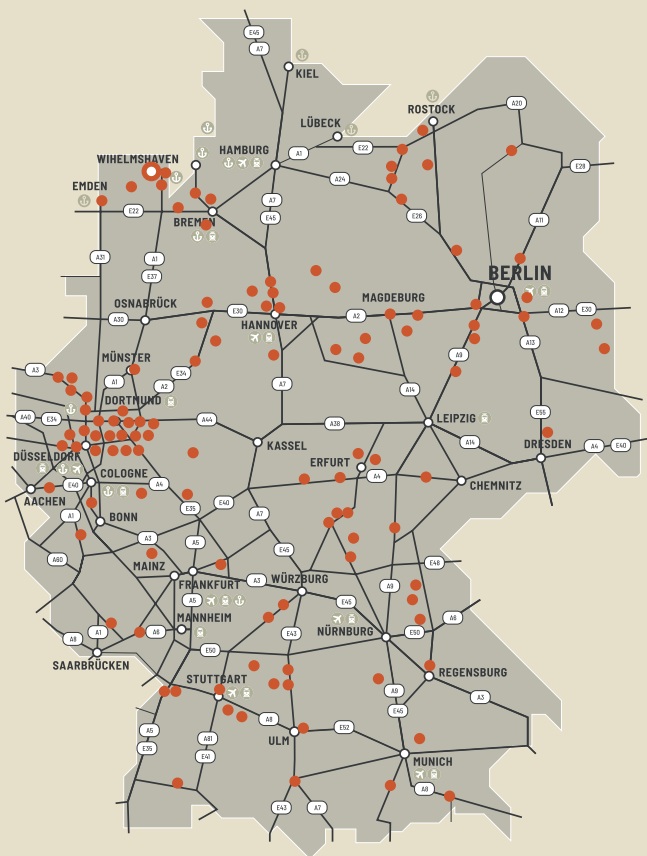


Der Grundsteuerkommentar folgt der Paragraphenstruktur der entsprechenden Bundes- wie Landesgesetze und verknüpft kompakte Erläuterungen mit zahlreichen Beispielen. Das Werk des ehemaligen Regierungsdirektors des Thüringischen Finanzministeriums überzeugt damit als arbeitsnaher Praxiskommentar zur neuen Grundsteuer und ist sowohl für Kommunalverwaltungen und Steuerämter wie steuerberatende Berufe lesenswert. (Florian Schilling)

Anzeige

ctp

GEWERBEPARKS IN HERAUSRAGENDER LAGE



CTParks – Nachhaltige Flächen für Ihr Wachstum

Unsere CTParks unterstützen Sie auf Ihrem Wachstumskurs. Von Automotive über Technologie bis Industrie und Logistik, von Start-up über KMU bis Großkonzern – unser vielfältiges Angebot an Standorten und Flächen bietet für jede Branche, jeden Zweck und jede Unternehmensgröße die perfekte Lösung.

Dank einer ressourcenschonenden und energieeffizienten Bauweise, der Verwendung ökologischer Materialien sowie dem Einsatz erneuerbarer Energien entsprechen die CTParks hohen Nachhaltigkeitsstandards nach DGNB oder BREEAM.

Mit unserer langjährigen Erfahrung und Kompetenz bei der Revitalisierung von Brachflächen schonen wir Umwelt und Klima. So schaffen wir lebendige Ökosysteme, mit denen wir den kommunalen Wirtschaftsstandort stärken und neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

CTP IN DEUTSCHLAND

Standorte mit Bestandsimmobilien	104
Bruttomietfläche*	1.714
im Bau befindliche Fläche*	171
Flächenreserve*	1.530
Kundenbindungsrate	99%

* in Tausend m²

www.ctp.eu



Eine zentrale Erkenntnis aus den Lernwerkstätten: Gerade kleine Gemeinden profitieren bereits von informeller interkommunaler Zusammenarbeit, indem sie Wissen teilen und gemeinsame Projekte anstoßen.»

ENERGIEWENDE IN KLEINEN, LÄNDLICHEN KOMMUNEN

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT UND LERNWERKSTÄTTEN ALS TREIBER DER TRANSFORMATION

Catharina Lüder | Zentrum Technik und Gesellschaft, TU Berlin + Anna Hülle | Energieavantgarde Anhalt e. V.

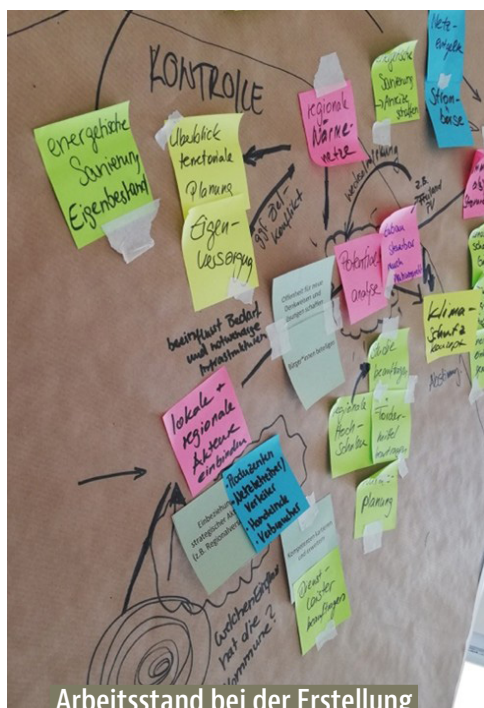
Die Energiewende ist für kommunale Verwaltungen längst kein abstraktes Zukunftsthema mehr, sondern eine konkrete Aufgabe mit direktem Bezug zum Alltag der Bürger:innen. Spätestens seit der Energiekrise 2022 steht die Frage nach einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung ganz oben auf der Agenda. Viele kleine Kommunen, in denen Energiefragen bisher nur eine untergeordnete Rolle spielten, sehen sich seitdem mit einer drängenden Herausforderung konfrontiert: Wie gelingt der Umstieg auf erneuerbare Energien, wenn Personal, Finanzmittel und klare Zuständigkeiten fehlen?

Die Energiekrise war allerdings nicht nur eine Belastung, sondern auch eine Chance. Plötzlich wurden Themen wie der Ausbau erneuerbarer Energien oder der Aufbau lokaler Stromnetze in den kommunalen Gremien und Bürgerver-

sammlungen lebhaft diskutiert. Die Ereignisse seit 2022 verdeutlichten auch den Bürger:innen, dass eine dezentrale Energieversorgung nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich und sozial vorteilhaft sein kann – etwa durch mehr Unabhängigkeit von externen Energielieferungen oder durch neue Wertschöpfung vor Ort.

TECHNISCHE UND SOZIALE ASPEKTE DER ENERGIEWENDE

Genau hier setzten die Lernwerkstätten im Projekt „Partizipation im digitalisierten Energiesystem durch soziale Innovationen“ (PaDiSo; BMWK 2022-2024) an. Ziel war es, durch transdisziplinäre Formate Kommunen dabei zu unterstützen, gemeinsam Lösungen für eine dezentrale Energieversorgung zu entwickeln. Kommunen aus der Region



Arbeitsstand bei der Erstellung der Transformationspfade



Diskussion der Transformationspfade in der 2. Lernwerkstatt

Anhalt in Sachsen-Anhalt und aus Sachsen nahmen an den Lernwerkstätten teil. Verwaltungsgrenzen müssen also kein Hindernis sein, wenn es darum geht, praktische Lösungen für die Energiewende zu finden. Im Mittelpunkt standen für die Entwicklung von Lösungen nicht nur technische Fragen, sondern ebenso die sozialen Aspekte der Energiewende: Wie können Bürger:innen aktiv einbezogen werden? Welche lokalen Potenziale lassen sich nutzen? Und wie können Kommunen trotz knapper Ressourcen handlungsfähig bleiben?

GEMEINSAM EINE VISION ENTWICKELN

Mit einem klaren Aufbau halfen die Lernwerkstätten, schrittweise eine umsetzbare Vision für die kommunale Energiewende zu entwickeln. Zuerst tauschten sich die Teilnehmenden über ihre kommunalen Herausforderungen aus und skizzierten erste Lösungsansätze. Dann entwickelten sie mit dem Theory-of-Change-Ansatz eine gemeinsame Vision: „Die Energieversorgung ist kommunal, unabhängig, erneuerbar und preisstabil und von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen.“ Daraus leitete die Gruppe der Teilnehmenden konkrete Transformationspfade ab. Abschließend erarbeiteten sie Schlüsselfragen für Entscheidungsprozesse, etwa zur Zusammenarbeit mit Investor:innen oder zur Vorbereitung lokaler Energieprojekte.

LOKAL PASSFÄHIGE LÖSUNGEN DURCH INTERKOMMUNALEN AUSTAUSCH

Der strukturierte Ablauf half den Kommunen, ihre Energiewende strategischer anzugehen und lokale Potenziale systematisch zu identifizieren. Besonders wertvoll war der interkommunale Austausch: Durch den Einbezug von Praxisbeispielen und den Erfahrungsaustausch untereinander konnten die Teilnehmenden lokal passfähige Lösungen kennenlernen. Eine zentrale Erkenntnis aus den Lernwerkstätten: Gerade kleine Gemeinden profitieren bereits von informeller interkommunaler Zusammenarbeit, indem sie Wissen teilen und gemeinsame Projekte anstoßen.

ROLLENWECHSEL FÜR NEUE PERSPEKTIVEN

Ein weiterer Mehrwert der Lernwerkstätten lag darin, dass die Bürgermeister:innen und Verwaltungsmitarbeitenden einmal nicht als Expert:innen oder Vermittler:innen, sondern als Lernende agieren konnten. Dieser Rollenwechsel inspirierte neue Perspektiven und erlaubte, über Themen nachzudenken, die im Tagesgeschäft oft zu kurz kommen. Die Teilnehmenden betonten, wie wertvoll es war, sich mit Kolleg:innen aus anderen Kommunen auszutauschen, die vor

ähnlichen Herausforderungen standen. Dieser interkommunale Dialog stärkte das gegenseitige Verständnis und legte den Grundstein für weitere Kooperationen.

KOMMUNALE ENERGIE-EFFIZIENZ-NETZWERKE

Der Weg zur (inter)kommunalen Energiewende bleibt anspruchsvoll. Informelle Netzwerke und der Austausch mit anderen Gemeinden helfen einerseits, voneinander zu lernen und Synergien zu nutzen. Andererseits zeigte sich auch eine zentrale Schwachstelle: Ohne eine dauerhafte Koordinierungsstelle – etwa durch regionale Initiativen oder Intermediäre – drohen die entstandenen Netzwerke nach Projektende wieder zu zerfallen, sobald der Alltag die Teilnehmenden einholt. Projekte wie PaDiSo können den Anstoß geben – doch für eine nachhaltige Zusammenarbeit braucht es strukturelle Unterstützung. Hier sind regional verankerte Akteure gefragt, die die interkommunale Zusammenarbeit zunächst informell initiieren und später in formelle Strukturen überführen. Einige Kommunen nutzten die in PaDiSo geknüpften Kontakte, um sich – angeleitet von der Energieavantgarde Anhalt – zu kommunalen Energieeffizienz-Netzwerken zusammenzuschließen. Andere starteten gemeinsam eine interkommunale Wärmeplanung.

RESSOURCEN BÜNDELN, WISSEN TEILEN

Die Erfahrungen aus PaDiSo machen deutlich: Wer sich mit anderen vernetzt, kann Ressourcen bündeln, Wissen teilen und gemeinsam stärker auftreten – sei es bei der Ausschreibung von Projekten, der Nutzung von Fördermitteln oder der Bürgerbeteiligung. Interkommunale Zusammenarbeit – auch auf informeller Ebene – ist keine Notlösung, sondern eine echte Chance, die Energiewende vor Ort schneller und nachhaltiger zu gestalten. Für kommunale Verwaltungen bedeutet das, mutig neue Wege zu gehen. Die Frage ist nicht mehr, **ob** Kommunen aktiv werden, sondern **wie** sie die Transformation gestalten – zum Wohl der Bürger:innen und der Region. ■

Weiterführende Informationen

Weitere Informationen zu den Lernwerkstätten und den Projektergebnissen finden Sie unter www.soziale-innovationen-projekt.de.

1. Lernwerkstatt

- Herausforderungen und Rahmenbedingungen aufarbeiten
- Handlungsoptionen und Lösungspotenziale skizzieren



2. Lernwerkstatt

- Gemeinsame (kommunale) Visionen 2025 formulieren
- realistische Transformationspfade zur Umsetzung identifizieren



3. Lernwerkstatt

- Erarbeitung von Handlungsleitfäden und Schlüsselfragen zur Stärkung der Verhandlungspositionen von Kommunen



Ziele und Inhalte der
PaDiSo-Lernwerkstätten

AMBULANTE GESUNDHEITS- VERSORGUNG VOR ORT



WAS GEMEINDEN LEISTEN UND WELCHE ROLLE SIE SICH KÜNFTIG WÜNSCHEN

Johannes Leinert | Senior Projektleiter Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Die Ausgangslage ist bekannt: Angesichts einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung, des Fachkräftemangels und einer unterproportional wachsenden Einnahmebasis der gesetzlichen Krankenversicherung drohen finanzielle und personelle Engpässe in der Gesundheitsversorgung. Auf kommunaler Ebene machen sich diese Entwicklungen im ambulanten Bereich unter anderem in langen Wartezeiten auf Arzttermine oder unbesetzten Arztsitzen bemerkbar. Auch wenn Gemeinden für die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung nicht zuständig sind, verfügen sie

doch über Möglichkeiten die Gesundheitsversorgung vor Ort (mit) zu gestalten – wenn auch auf freiwilliger Basis, oft eher indirekt, und häufig auf eigene Kosten.

Wie sieht die Situation in den Gemeinden aus? Nutzen sie die Gestaltungsmöglichkeiten in der Praxis? Wie sind sie aktiv und was wünschen sie sich für die Zukunft? Um ein aktuelles Bild von der Situation vor Ort zu erhalten, hat der Health Transformation Hub, eine Kooperation von Bertelsmann Stiftung und BSt Gesundheit, in allen Städten und



Kommunalbefragungen

Von Ende November 2024 bis Mitte Februar 2025 hat der Health Transformation Hub (HTH) alle Städte und Gemeinden ab 2.000 Einwohnern und alle Landkreise zur ambulanten Gesundheitsversorgung in ihrer Kommune befragt. Dazu hat er die Landräte bzw. Bürgermeister postalisch angeschrieben und gebeten, den zugehörigen Online-Fragebogen persönlich auszufüllen oder durch die zuständige Stelle ausfüllen zu lassen; der Zugang zum Fragebogen war über einen QR-Code oder über einen Link mit Zugangscode möglich. Anfang 2005 wurde ein einmaliges Erinnerungsschreiben versendet; den Briefen lag ein Empfehlungsschreiben des Deutschen Landkreistages bzw. des Städte- und Gemeindebundes bei. An der Befragung beteiligten sich mehr als 1.000 der angeschriebenen Städte und Gemeinden (ohne Stadtstaaten), d. h. rund 20 Prozent, und über 150 Landkreise (ohne kreisfreie Städte), d. h. rund 50 Prozent. Weitere Auswertungen zu den Kommunalbefragungen stellt der HTH zum Download bereit unter:

www.healthtransformationhub.de/befragungen

Gemeinden ab 2.000 Einwohnern und in allen Landkreisen nachgefragt. Vereinfachend werden erstere im Folgenden als „Gemeinden“ bezeichnet. Mehr als 150 Landkreise und über 1.000 Gemeinden haben an der Befragung teilgenommen (siehe Kasten oben zur Kommunalbefragung).

Fast vier von zehn Gemeinden geben an, dass – nach allem, was aus der Bevölkerung an sie herangetragen wird – die Bevölkerung mit der ambulanten Gesundheitsversorgung unzufrieden ist. Fast alle Gemeinden berichten über Versorgungslücken in der ambulanten Gesundheitsversorgung. Dabei werden die gravierendsten Lücken vor allem in der fachärztlichen Versorgung (fast zwei von drei Gemeinden)

und der hausärztlichen Versorgung (gut vier von zehn Gemeinden) gesehen, aber auch in der psychotherapeutischen Versorgung (jede dritte Gemeinde) und pflegerischen Versorgung (jede fünfte Gemeinde). Die zahnärztliche Versorgung stuft jede zehnte Gemeinde als eine der gravierendsten Versorgungslücken ein.

Insgesamt gibt jede zwölfte Gemeinde an, dass sie über keine Hausarztpraxis verfügt. Der Anteil ohne Hausarztpraxis fällt umso höher aus, je kleiner die Gemeinde ist: Von den Gemeinden mit 2.000 bis unter 3.000 Einwohnern berichtet jede Vierte über fehlende Hausärzte, von den Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einwohnern jede Zehnte und



» Von den über 1.000 befragten Gemeinden hat gut die Hälfte schon einmal Maßnahmen zur Gewinnung von Hausärzten getroffen. Knapp die Hälfte war bei anderen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Verbesserung der ambulanten Gesundheitsversorgung aktiv.«

Johannes Leinert
Senior Projektleiter
Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh



Jede zwölfte Gemeinde ab 2.000 Einwohnern ohne Hausarzt

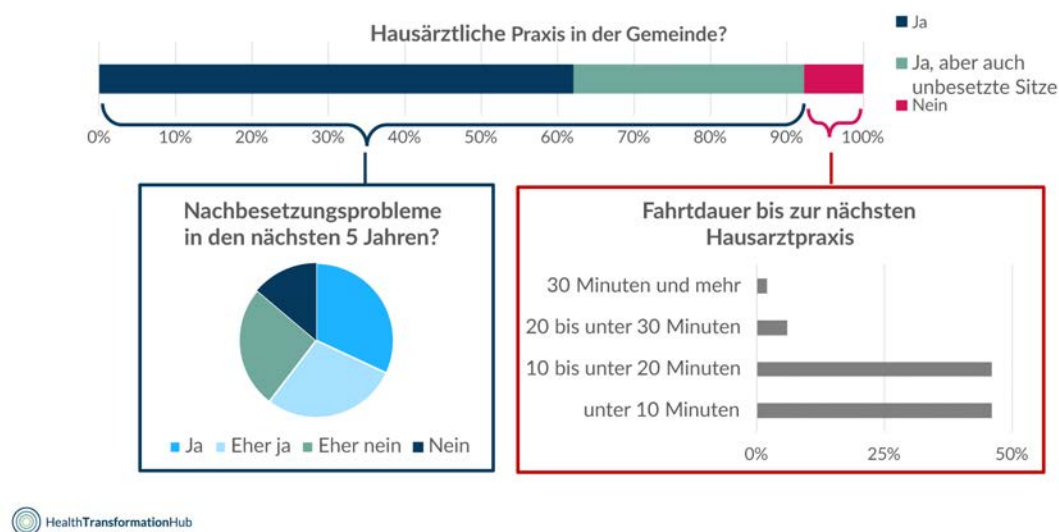


Abb. 1

von den Gemeinden ab 5.000 Einwohnern weniger als jede Zwanzigste. In den Gemeinden **ohne** eigene Hausarztpraxis, beträgt die Fahrtdauer bis zur nächsten Hausarztpraxis in den seltensten Fällen über 20 Minuten. Bei einer knappen Hälfte liegt sie unter 10 Minuten, bei einer weiteren knappen Hälfte bei zehn bis unter 20 Minuten. Von den Gemeinden **mit** Hausarztpraxis berichtet jede Dritte, dass es auch unbesetzte Hausarztstellen gibt. Zudem rechnen sechs von zehn Gemeinden mit Hausarztpraxis damit, dass es in den kommenden fünf Jahren zu Nachbesetzungsproblemen kommt, siehe Abbildung 1. Zu berücksichtigen ist dabei, dass sich alle Befragungsergebnisse auf Gemeinden ab 2.000 Ein-

wohnern beziehen, d. h. die rund 5.600 kleinsten Gemeinden mit insgesamt rund 4,5 Mio. Einwohnern sind darin nicht berücksichtigt.

KOMMUNALE ANTWORTEN AUF VERSORGUNGLÜCKEN VOR ORT

Bei den Gemeinden hat gut die Hälfte (54 Prozent) schon einmal Maßnahmen zur Gewinnung von Hausärzten getroffen; knapp die Hälfte (47 Prozent) war bei anderen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Verbesserung der ambulanten Gesundheitsversorgung aktiv. Rund die Hälfte dieser

Was Gemeinden und Landkreise zur Verbesserung der ambulanten Gesundheitsversorgung tun

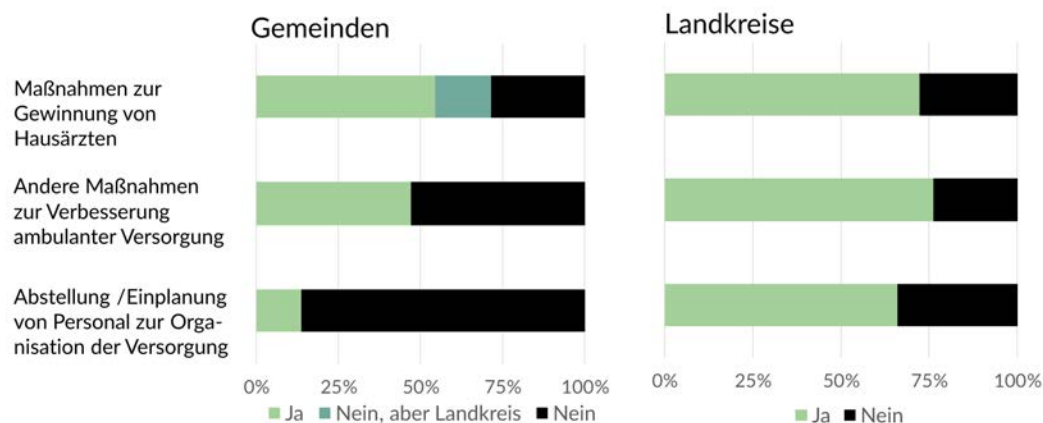


Abb. 2

Gemeinden nannte Maßnahmen zu Praxisräumen und zur Immobilieninfrastruktur. Sie unterstützen die ambulanten Leistungserbringer bei der Suche nach Praxisräumen durch Bereitstellung oder Neubau von Praxisräumen oder durch deren Umbau oder Sanierung oder entsprechende finanzielle Hilfen. Oft genannt wurden auch die finanzielle oder organisatorische Unterstützung oder der Bau von Arzthäusern, Gesundheitszentren oder medizinischen Versorgungszentren (MVZ), teils in kommunaler oder genossenschaftlicher Trägerschaft. Personal für die Organisation der ambulanten Gesundheitsversorgung bzw. die Vernetzung der Akteure hat fast jede siebte Gemeinde (14 Prozent) abgestellt oder eingeplant (siehe Abbildung 2).

Zum Vergleich: Fast drei von vier Landkreisen haben schon einmal Maßnahmen zur Gewinnung von Hausärzten getroffen, ähnlich viele schon einmal andere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Verbesserung der ambulanten Gesundheitsversorgung vor Ort. Zwei Drittel der Landkreise haben Personal ganz oder teilweise für die Organisation der ambulanten Gesundheitsversorgung bzw. die Vernetzung der Akteure abgestellt oder eingeplant.

DIE ZUKÜNFTIGE ROLLE DER GEMEINDEN IN DER AMBULANTEN GESUNDHEITSVERSORGUNG

Wie stellen sich Gemeinden ihre zukünftige Rolle im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung vor? Dazu wurde

gefragt, ob die Kommunen in unterversorgten Gebieten mehr Einfluss auf bzw. mehr Verantwortung für die ambulante Gesundheitsversorgung erhalten sollten.

Acht von zehn Gemeinden wünschen sich in unterversorgten Gebieten mehr Einfluss der Gemeinden auf die ambulante Gesundheitsversorgung. In diesen Anteilswerten sind um alle Nennungen von Gemeinden enthalten, die eine stärkere Rolle für die Gemeinden wünschen – egal ob diese Rolle ausschließlich für die Gemeinden oder auch für die Landkreise gewünscht wird. Ein Zehntel der Gemeinde spricht sich dafür aus, dass lediglich Landkreise in diesen Gebieten mehr Einfluss erhalten. Ebenfalls ein Zehntel der Gemeinden lehnt einen stärkeren Einfluss für Kommunen ab (siehe Abbildung 3).

Mehr Verantwortung für die ambulante Gesundheitsversorgung in unterversorgten Gebieten – und teilweise zusätzlich auch mehr Verantwortung für die Landkreise – wünschen sich gut fünf von zehn Gemeinden. Zusätzliche Verantwortung kann zusätzlichen Aufwand bedeuten. Um abzuschätzen, welchen Einfluss dieser finanzielle Aspekt auf die Einschätzungen der Gemeinden hat, erhielt die Hälfte von ihnen in der zugehörigen Frage zusätzlich den expliziten Hinweis auf die Prämisse einer gesicherten Finanzierung. Wenn von einer gesicherten Finanzierung ausgegangen wird, steigt der Anteil der Gemeinden, der sich mehr Verantwortung wünscht, auf sieben von zehn Gemeinden an. ■

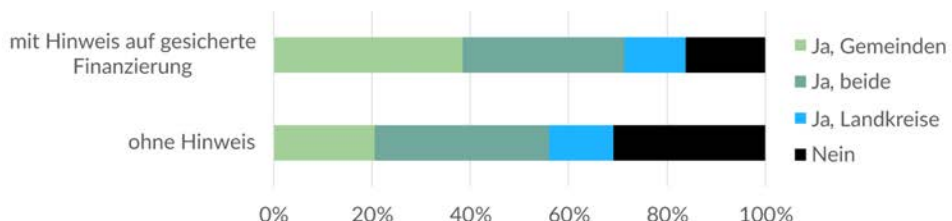
Rolle von Kommunen in unterversorgten Gebieten aus Sicht der Gemeinden

Sollten die Kommunen in unterversorgten Gebieten mehr Einfluss auf/ Verantwortung für die Gesundheitsversorgung bekommen?

Mehr **Einfluss** für Kommunen?



Mehr **Verantwortung** für Kommunen [Hinweis an 50%], „wenn die Finanzierung gesichert ist?“





SELF STORAGE

DIE LÖSUNG FÜR PLATZMANGEL IN KOMMUNEN

Klaus Müller | Vorstandsvorsitzender des Verbandes deutscher Self Storage Unternehmen e. V.

Wohnraum wird knapper, Kellerräume verschwinden und gleichzeitig wächst der Bedarf an zusätzlichem Platz. Eine Lösung, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist Self Storage. Neben privaten Haushalten profitieren auch Unternehmen und Start-ups durch das Konzept, weil sie damit flexibel, kostengünstig und ohne langfristige Bindungen Platz gewinnen.

Doch was genau ist Self Storage, welche Vorteile bietet es Kommunen und wie erkennen Verantwortliche Qualitätsstandorte?

WAS IST SELF STORAGE?

Self Storage bietet Privatpersonen und Unternehmen die Möglichkeit, flexibel, sauber und sicher Lagerraum zu mieten. Bei Qualitätsanbietern sind diese Räume in modernen, klimatisierten und überwachten Anlagen untergebracht, die

oft rund um die Uhr zugänglich sind. Die Kunden reichen von Haushalten, die saisonale Gegenstände oder Hausrat während eines Umzugs einlagern möchten, bis hin zu Start-ups und Betrieben, die Waren, Werkzeuge oder Akten sicher aufbewahren.

VORTEILE VON SELF STORAGE FÜR KOMMUNEN

Self Storage unterstützt Kommunen auf mehreren Ebenen, um städtische Herausforderungen zu bewältigen:

1. Entlastung des Wohnungsmarktes

In angespannten Wohnmärkten hilft Self Storage, den Bedarf an großen Wohnungen zu reduzieren. Bewohner können selten genutzte Gegenstände auslagern und dadurch auch in kleineren Wohnflächen komfortabel leben.



» Neben privaten Haushalten profitieren auch Unternehmen und Start-ups durch das Konzept, weil sie damit flexibel, kostengünstig und ohne langfristige Bindungen Platz gewinnen.«

In vielen Bestandsgebäuden sind die Keller feucht, riechen unangenehm und sind nicht wirklich sicher. Möbel, Kleidung oder andere Dinge, an denen einem etwas liegt, werden dort ungenutzt gelagert. Gleichzeitig werden bei vielen Neubauten, aufgrund der Baukosten oder attraktiveren Verwertungsmöglichkeiten wie Tiefgaragen, auf Kellerräume verzichtet. Self Storage schafft hier modernen und sicheren Ersatz und trägt zur Quartiersqualität bei.

2. Stärkung der lokalen Wirtschaft und Förderung von Start-ups

Self Storages bieten mit monatlich kündbaren Mietverträgen und jederzeit flexibel anpassbaren Lagergrößen ideale Bedingungen für Unternehmen. Viele Standorte ergänzen dies durch zusätzliche Services wie Warenannahme und Transporthilfen.

Gerade Start-ups und kleine Betriebe profitieren, da sie Fixkosten niedrig halten können und sich nicht an langfristige Gewerbemietverträge binden müssen. Self Storage erleich-

tert ihnen die Ansiedelung und unterstützt beim Wachstum. Das stärkt wiederum kommunale Steuereinnahmen und Arbeitsplätze vor Ort.

3. Mehr Sicherheit in der Stadt

Industriehöfe und Garagen werden häufig zweckentfremdet als Lager oder Werkstatt genutzt. Qualifizierte Self Storage Anlagen erfüllen dagegen alle Vorschriften, reduzieren Risiken und sorgen für Planbarkeit in der Kommune. Das erleichtert auch Feuerwehr und Rettungskräften eine klare Einschätzung im Ernstfall.

WAS ZEICHNET EIN QUALITÄTS-SELF STORAGE AUS?

Self Storage ist kein geschützter Begriff und nicht alle Self Storage Anlagen sind gleich. Um höchste Standards in Bezug auf Sicherheit und Service zu gewährleisten, hat sich mit dem Verband deutscher Self Storage Unternehmen e. V. eine Qualitätsgemeinschaft gebildet, welche an jedem Standort über



die gesetzlichen Vorgaben hinaus strenge Qualitätskriterien einhält. Diese beinhalten u. a.:

Sicherheit: Videoüberwachung, Zugangskontrollsysteme, Sicht- und Übergriffschutz sowie Einbruchmeldesysteme bieten maximalen Schutz der eingelagerten Gegenstände.

Sauberkeit & Lagerbedingungen: Regelmäßige Reinigungen, die Sicherstellung optimaler Temperatur- und Feuchtigkeitsverhältnisse sowie eine konsequente Schädlingskontrolle sind stets gegeben.

Flexibilität & Service: Die Mietverträge laufen kurzfristig und lassen sich nach Bedarf flexibel anpassen. Kunden können während der Öffnungszeiten jederzeit eigenständig zu ihren Lagereinheiten.

Standorte, welche diese Kriterien erfüllen, sind am Qualitätssiegel erkennbar.



ZUSAMMENARBEIT MIT DEN KOMMUNEN

Damit Self Storage sein Potenzial entfalten kann, sollten Kommunen es frühzeitig in die Stadt- und Quartiersplanung einbeziehen. So lassen sich Platzbedarfe von Privatpersonen, Gewerbe und Start-ups gezielt berücksichtigen. Als flexible Flächenlösung kann Self Storage zur Aufwertung und Funktionsmischung ganzer Stadtteile beitragen. Wichtig ist außerdem, dass neue Anlagen den Verbandsstandards entsprechen – das verhindert Missbrauch und garantiert Qualität. Eine konsequente Durchsetzung der Garagenverordnungen erhöht zusätzlich die Sicherheit und entlastet den öffentlichen Raum.

Self Storage bietet Kommunen eine moderne und flexible Lösung für urbane Platzprobleme. Durch die Integration hochwertiger Anlagen in die Stadtplanung können Wohnraumressourcen effizienter genutzt, die lokale Wirtschaft gestärkt und die Sicherheit verbessert werden. Gerne möchte der Verband deutscher Self Storage Unternehmen e. V. gemeinsam mit den Kommunen an einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung arbeiten und lädt herzlich zum Dialog ein. ■



Klaus Müller
Klaus Müller ist Geschäftsführer der SpeicherBOXX GmbH, die er vor 15 Jahren gründete. Mittlerweile betreibt er an sechs Standorten in Deutschland erfolgreich Qualitäts-Self Storage. Seit 2019 ist er Vorstandsvorsitzender des Verbandes deutscher Self Storage Unternehmen.

Weiterführende Informationen

Weitere Informationen zu den Verbandsstandorten, den Qualitätskriterien und den Vorteilen für Kommunen finden Sie unter: www.selfstorage-verband.de



ARBEITSGEBERATTRAKTIVITÄT AUF DEM PRÜFSTAND

Quick-Check für Verwaltungen
ermöglicht Standortbestimmung

Fast jeder dritte Beschäftigte denkt daran, den öffentlichen Dienst zu verlassen. Die eigene Arbeitgeberattraktivität rückt damit vermehrt in den Mittelpunkt, um das eigene Personal zu binden und neues zu gewinnen.

Dem öffentlichen Dienst fehlt es an Personal. Rund 600.000 Stellen sind aktuell unbesetzt. In zehn Jahren werden es schätzungsweise doppelt so viele sein. Verwaltungen sind gezwungen, sich um ihr Personalmarketing zu kümmern und sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren. Aber wie? Einen Überblick und eine Standortbestimmung bietet der Quick-Check Arbeitgeberattraktivität der next:public. Erste Kommunen haben das Instrument bereits getestet.

Ein Blick auf die Geburtenstatistik des Statistischen Bundesamtes zeigt: Deutschlandweit gehen in den nächsten zehn Jahren über alle Branchen hinweg 14 Millionen Menschen in den Ruhestand. Im öffentlichen Dienst werden 1,3 Millionen Menschen altersbedingt ausscheiden. Allerdings werden im gleichen Zeitraum lediglich bis zu 8 Millionen Menschen ins Berufsleben einsteigen. Damit könnte die Zahl der unbesetzten Stellen auf über 1,1 Millionen anwachsen.

Weniger Nachwuchs trifft auf hohe Wechselbereitschaft

Dies trifft auf eine hohe Wechselbereitschaft. Rund 80 Prozent der Beschäftigten sind nach dem Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst bereit, den Arbeitgeber zu wechseln. Ein Drittel kann sich sogar vorstellen, in die Privatwirtschaft zu gehen und hat bereits entsprechende Versuche unternommen.

Öffentliche Arbeitgeber sind deshalb gezwungen, sich neben der Personalgewinnung vermehrt um die Personalbindung und damit um ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu kümmern. Doch wo stehen sie als Behörde beim Thema Arbeitgeberattraktivität? Wie vermarkten sie sich nach außen? Welche Maßnahmen können Sie noch ergreifen oder vielleicht noch optimieren?

Mit dem Quick-Check erfahren, wo man steht

Antworten auf diese Fragen liefert der Quick-Check Arbeitgeberattraktivität der next:public.

Dabei handelt es sich um ein einfaches, schnelles und kostengünstiges Instrument, mit dem Verwaltungen bestimmen können, welchen Stand sie bei den Themen Personalmarketing und Arbeitgeberattraktivität erreicht haben. „Mit dem Quick-Check zur Arbeitgeberattraktivität haben wir schnell und fundiert erkannt, wo wir als Arbeitgeber stehen. Die Ergebnisse bestätigen unsere Arbeit der letzten Jahre – und die praxisnahen Empfehlungen liefern wertvolle Impulse für unsere nächsten Schritte“, sagt Marc Trampe, Bürgermeister der Gemeinde Rellingen in Schleswig-Holstein.

Instrument für kleine und große Kommunen

Der Quick-Check ist ein standardisierter Fragebogen, der in die drei Kapitel „Personalmarketing“, „Arbeitgeberattraktivität“ sowie „Kennzahlen aus dem Personalcontrolling“ mit insgesamt 14 Themenfeldern untergliedert ist. Für jedes Themenfeld wird ein Indexwert zwischen null und fünf Punkten ausgewiesen. Auf dieser Grundlage bietet die Auswertung konkrete Handlungsempfehlungen für weitere Maßnahmen und nächste Schritte. „Schon die differenzierten Fragen des Quick-Checks zur Arbeitgeberattraktivität haben neue Impulse in unserem Team ausgelöst. Die Ergebnisse geben uns Rückenwind – und mit den konkreten Empfehlungen gestalten wir die nächsten Schritte noch gezielter“, berichtet Bürgermeister Herbert Erichlandwehr von der nordrhein-westfälischen Stadt Schloß Holte-Stukenbrock.

Selbst kleinen Kommunen, bei denen die Spielräume im Gegensatz zu größeren Kommunen eingeschränkter sind, profitieren von dem Quick-Check. „Wir waren überrascht, wie schnell der Quick-Check durchgeführt werden kann. Als kleine Kommune sind vor allem die Ergebnisse zum Personalmarketing für uns besonders relevant“, berichtet Katja Liebmann, Bürgermeisterin der baden-württembergischen Gemeinde Schlier mit etwa 4.000 Einwohnern.

Sie interessieren sich für den Quick-Check?

Mehr unter:

<https://nextpublic.de/leistung/quickcheck>



AKTION „1000 STIMMEN FÜR KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK“

LOKALES ENGAGEMENT MIT GLOBALER WIRKUNG

Michael Sallat | DStGB

Initiiert von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und unterstützt vom DStGB, sammelt die Aktion „1000 Stimmen für kommunale Entwicklungspolitik“ persönliche Statements von Menschen, die sich in ihrer Kommune für entwicklungspolitische Themen engagieren. Mittlerweile haben viele Akteure aus Mitgliedskommunen des DStGB bereits ihr Statement abgegeben.

Ziel der Aktion ist es, das vielfältige Engagement sichtbar zu machen und die Bedeutung kommunaler Entwicklungspolitik zu unterstreichen. Denn gerade auf lokaler Ebene können wichtige Impulse für globale Herausforderungen wie Klimawandel, soziale Gerechtigkeit oder nachhaltige Wirtschaft gesetzt werden.

ABER WARUM ENGAGIEREN SICH KOMMUNEN IN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK?

Kommunen sind nicht nur Verwaltungseinheiten – sie sind Lebensräume, in denen Menschen direkt von politischen Entscheidungen betroffen sind. Durch ihr Engagement in der Entwicklungspolitik zeigen Städte und Gemeinden, dass sie ihre Rolle in der globalen Gemeinschaft ernst nehmen. Sie setzen sich für die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein und leisten damit einen Beitrag zur weltweiten Armutsbekämpfung, Bildungsgerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit.

Darüber hinaus profitieren Kommunen selbst von diesem Engagement – Internationale Partnerschaften fördern den interkulturellen Austausch, stärken demokratische Strukturen und eröffnen neue Perspektiven für lokale Herausforderungen. Auch für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bedeutet die Aktion „1000 Stimmen für kommunale Entwicklungspolitik“ mehr als nur politische Symbolik. Denn sie bringen sich aktiv ein und gestalten mit, ob als Teil eines Partnerschaftsvereins, in der Schule, im Rathaus oder im Ehrenamt – jede Stimme zählt und zeigt, dass nachhaltige Entwicklung nicht nur eine Aufgabe der „großen Politik“ ist, sondern direkt vor Ort beginnt.

Engagierte können die Aktion mit ihrer Stimme unterstützen. Alle weiteren Informationen finden sich auf der Homepage der SKEW. ■

Engagierte können die Aktion mit ihrer Stimme unterstützen. Alle weiteren Informationen finden sich auf der Homepage der [SKEW](#).



”

Eines der 10 Gebote lautet: ‚Liebe deinen Nächsten.‘ Für mich ist diese Arbeit Berufung! Ich sehe Partnerschaftsarbeit als Beitrag zum Frieden, lokal aber wirksam. Begegnungen schaffen Vertrauen, und Vertrauen ist die Basis jeder Verständigung, weltweit.

Claudia Sommer



”

Seit 2023 gibt es eine Partnerschaft mit der ukrainischen Stadt Chortkiv, aus der eine echte Freundschaft entstanden ist. Die ukrainischen Menschen in Bad Soden-Salmünster würdigen dieses Engagement und beteiligen sich aktiv am gesellschaftlichen Zusammenleben vor Ort - das zu sehen ist großartig!

Dominik Brasch

Einzelne Stimmen zur Aktion "1000 Stimmen für kommunale Entwicklungspolitik unter www.dstgb.de.

Das Potential von Kindern zum Klingen bringen

Dabei unterstützt das Weiterbildungsprogramm „Singende Kindergärten“:



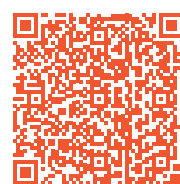
Kreative und praxisnahe Ideen für den Kita-Alltag

Förderung der Persönlichkeitsentwicklung

Stärkung von Stimme und Körper

Jetzt als Kita für die kostenfreie Weiterbildung 2026 bewerben.

Bildnachweis: AdobeStock/New Africa



www.singende-kindergaerten.de/mitihnen



Brüsseler GERÜCHTE

von Dr. Klaus Nutzenberger

Die Betrachtung eines politischen Gebildes wie der Europäischen Union fällt immer schwer. In gewisser Weise nimmt sie die Rolle eines „Zwitter-Staates“ ein, der sich zum einen durch Funktionen einer normalen staatlichen Entität wie Parlament, Gerichtshof und Regierung (EU-Kommission) auszeichnet, auf der anderen Seite aber wiederum von konventionellen Nationsstaaten wie zum Beispiel der Republik Frankreich oder der Bundesrepublik Deutschland im Ministerrat kontrolliert wird. Ist diese EU ein Staat oder eine übergeordnete Erfüllungsbehörde seiner Mitglieder? Hat diese EU eine eigene Staatsraison oder soll sie allein die miteinander abgestimmten Interessen seiner Mitglieder gegenüber Dritten und zum Nutzen eben dieser Mitglieder vertreten? Die Antwort auf diese Frage wird wohl aktuell – im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts – eher durch die zweite These beschrieben. In den neunziger Jahren, zu Beginn der Arbeit des Autors in Brüssel, war das noch anders. Damals war die Tendenz stark, die EU als eigenen noch vollständig zu entwickelnden Staat zu sehen, der irgendwann über seine Teile herrschen werde. Die These war nicht ohne historische Vorbilder. Man blickte vor allem in die USA von 1776. Hier hatten sich die 13 Teile des britischen Kolonialreiches in Nordamerika vom englischen Mutterland getrennt und einen neuen Staat gebildet, der zwar ebenso wie die EU auch von den eben genannten 13 Teilen „kontrolliert“ werden sollte, der aber trotzdem eine Regierung hatte, die aktiv und mit eigenem Recht gegenüber dem Ausland aber auch nach innen regieren sollte. Zu anfangs waren die „Kontrolleure“ noch überstark. Während des Kongresses zur Verabschie-

dung der Verfassung in Philadelphia im Jahre 1787 war die Lage laut Lexikon wie folgt: „Da der Kongress [Anm. damalige Regierung der USA, Präsident wurde erst später gewählt] bei seinen Entscheidungen weder Rechte noch Sanktionsmöglichkeiten besaß, war das Bündnis der 13 Staaten in seiner bestehenden Ordnung nicht effizient handlungsfähig. Der Kontinentalkongress durfte keine eigenen Steuern erheben und war finanziell auf die Beiträge der Mitgliedsstaaten angewiesen. Die Zolleinnahmen als wichtigste Einnahmequelle blieben bei den Einzelstaaten, so dass die Union nicht über ausreichende eigene Geldmittel verfügte. [...] Die Union durfte keine eigenen Truppen aufstellen und hätte sie auch nicht unterhalten können. Im Bedarfsfall sollten die Bundesstaaten Geld und Truppen stellen – es blieb ihnen überlassen, ob sie dies auch tun würden. Somit blieb die Union zu schwach aufgestellt, um ihre Interessen gegenüber den großen Kolonialmächten durchzusetzen, die immer noch auf dem nordamerikanischen Kontinent präsent waren.“ Politiker wie der enge Vertraute des späteren amerikanischen Präsidenten George Washington, Alexander Hamilton, kritisierten dies und stärkten auch nach und nach die Rolle der Zentralgewalt. Nicht umsonst sprach die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen auch und zu Recht von einem „Hamilton Effekt“, als sie für die Kommission vor einigen Jahren stärkere Finanzrechte erhielt. Die Zentrale zu stärken war und ist hier das Schlagwort.

Nun – momentan scheint der Hamilton Effekt finanziell etwas in den Hintergrund geraten zu sein, schon allein deshalb, weil zwei der 27 „Kontrolleure“, i.e. Deutschland und Frank-

reich, mit erheblichen finanziellen Problemen kämpfen. Sie können, selbst wenn sie wollten, dem „Kongress in Brüssel“ keine weiteren erhöhten Finanzmittel zur Verfügung stellen. Auch ist der Trend der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts, Europa politisch stark zu machen, momentan nicht gerade en vogue. Der Nationalstaat erobert sich gerade seine Anteile zurück. Der Autor selbst hat in der letzten Ausgabe dieser Reihe eine langsame Zurücksetzung der EU im Gesamtkontext des politischen Europa angedeutet.

Doch Zurücksetzung bedeutet nicht Bedeutungslosigkeit. Sie ist auch gar nicht wünschenswert, denn zwei Umstände machen eine Europäische Union nötig, die weiß, was sie will und danach handelt. Zum einen geht es dabei um die Themen „Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit“. Unter Resilienz verstehen wir in Europa, die Fähigkeit der europäischen Volkswirtschaften, den Herausforderungen im Weltmarkt, generell in der Welt, gerecht zu werden. Das heißt grundsätzlich zunächst, dass die entsprechenden Wirtschaftsbranchen in der Lage sein sollten, wettbewerbsfähige Produkte zu präsentieren. Auf der anderen Seite sollten sie aber auch über die nötigen Ressourcen (auch Sozialressourcen und gegebenenfalls Militär) verfügen, um systemstabilisierend zu operieren. Hier hat die Europäische Union aus eigenem Recht viel zu sagen. Nicht immer so viel wie manche Europäer wollen, aber dennoch auch nicht so wenig, wie es viele „Kontrolleure“ wollen. So kann sie zum Beispiel auf Ausbildungsoffensiven drängen, Geld dafür zur Verfügung stellen, sie kann sie aber nicht gänzlich anordnen. Sie kann auf fiskalische Stabilität in den Nationalstaaten pochen, allerdings dann doch nur indirekt durchsetzen. Um ehrlich zu sein, es ginge zwar direkt schon, aber nur unter viel, viel Krach mit den Nationalstaaten. Weiter kann sie den Umweltschutz so gestalten, dass er indirekt die Produktionsbedingungen und das soziale Klima stärkt. Wer arbeitet nicht gern in einer sauberen und menschengerechten Umwelt? Hier hat die Union übrigens zusammen mit dem Recht der Schaffung eines Rechtsrahmens für den Europäischen Binnenmarkt die größte Gestaltungsmacht. Alles das kann sie also und wenn man in die Papiere der Union schaut, so findet man auch gute Ansätze. So wird seit langem von der EU-Kommission in ihren Semesterberichten (Lage der Volkswirtschaften in der EU) ein Ausbau der kommunalen Infrastruktur gefordert. Was will der DStGB? Genau das. Ferner unterstützt die Kommission die Bestrebungen, die öffentlichen Investitionen bürokratisch zu entlasten, um das Ganze schneller und effizienter zu machen. Was will der DStGB? Ebenfalls genau das. Und man könnte den Energiebinnenmarkt – ein großes Problem für Deutschland – endlich so weit entwickeln, dass

er seinen Namen verdient. Das tut er nämlich zur Zeit nicht. Was will der DStGB? Erneut genau das, auch wenn man zugestehen muss, dass seine Möglichkeiten hier tendenziell beschränkt sind. Er kann hier nur darauf drängen, dass vor Ort die Abläufe geschmeidiger und damit schneller werden. Man könnte die Liste jetzt fast endlos fortsetzen, aber es soll noch der zweite wichtige Punkt erwähnt werden. Er betrifft das Geld der EU, also das Budget. Es wird jetzt neu verhandelt. Hier liegen die Nerven zwischen Brüssel, Paris, Berlin, Den Haag, Madrid und Rom momentan ziemlich blank. Man tendiert zum Sparen, und zwar exzessiv. Auf einer Konferenz zum so genannten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR, i.e. das Budget der EU) im EP, die vor kurzem vom DStGB in Brüssel durchgeführt wurde, sprach man von Kürzungen um die 20 Prozent für die Jahre nach 2027. Wenn wir 285 Mrd. Euro pro Jahr als Grundlage für das Budget nehmen, wie von der EU-Kommission im Sommer vorgeschlagen, dann entspricht das ca. 50 Mrd. Euro an Einsparungen. Zudem müssen noch Rückzahlungen aus der Corona Krise beachtet werden, die jetzt anfallen. Aber seien wir großzügig und lassen wir diese einmal weg. Es wird jetzt die Frage sein, wo man die hier angedachten 50 Mrd. Euro einspart oder nicht? Hier kommt ebenfalls der DStGB wieder ins Spiel. Er muss gegenüber der EU, der Bundesregierung und den Ländern verdeutlichen, dass die Einsparungen so wenig wie möglich im Investitionsbereich von statuten gehen dürfen und dass auch einmal schon angelaufene Investitionen, die sich über Jahre hinziehen, nicht gekappt werden. Das wird schwer genug.

An einer Kürzung kommt sowieso keiner vorbei. Die EU-Kommissionspräsidentin kann und wird nicht den Weg eines ihrer indirekten Vorgänger gehen, der von 1600–1649 lebte und verblüffend ähnliche Probleme hatte. Der Autor spricht von König Karl dem I. von England aus dem Hause Stewart. Er versuchte in England und Schottland eine gleichförmige Kirchenverfassung einzuführen. Zudem benötigte er für seine Innen- und Außenpolitik neue Finanzmittel, die ihm nur das Parlament bewilligen konnte. Sie bewilligten dem König aber 1625 zum Beispiel die Einziehung der Hafenzölle (tonnage and poundage), eine der wichtigsten Einnahmequellen des Königtums, nur für ein Jahr anstatt für die ganze Regierungszeit. Man hielt den König finanziell kurz und das Loch im Budget wurde immer größer. Karl wagte daraufhin den Aufstand gegen die „Kontrolleure“. Aber er unterlag. Schmerzlich. Er konnte Alexander Hamilton und seinen Ansatz „go slow and win“ zu seiner Zeit noch nicht kennen. Diesen kennt jedoch die EU-Präsidentin. Sie wird ihm folgen. Temporäres Zurückweichen bedeutet nicht Auflösung. ■

BUCHBESPRECHUNG

DIE KOMMUNALAUF SICHT

AUFGABEN –
RECHTSGRUNDLAGEN –
ORGANISATION

Autoren:

Prof. Dr. Christoph Brüning,
Christian-Albrechts-Universität zu
Kiel / Dr. Markus Söbbeke,
Leitender Regierungsdirektor,
Bezirksregierung Münster



3. völlig neu bearbeitete Auflage 2024,

350 Seiten, fester Einband

Preis: 62,80 €

ISBN 978-3-503-23760-9

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co.KG

Genthiner Str. 30 G, 10785 Berlin

*(Tel.: 030 250085-0, Bestellmöglichkeit online unter
[www.ESV.info/978 3 503 23760 9](http://www.ESV.info/978_3_503_23760_9))*

Die völlig neu bearbeitete 3. Auflage des Werkes „Die Kommunalaufsicht“ gibt kommunalen Beschäftigten sowie Stadt- und Gemeinderatsvertretern/innen einen sehr guten und praxisorientierten Überblick über die Rechtsgrundlagen und Befugnisse der Kommunalaufsicht. Die zum Teil unterschiedlichen kommunalverfassungsrechtlichen Regelungen der Länder werden dabei berücksichtigt.

Ein besonderes Anliegen der nunmehr 3. Auflage ist es, die Befugnisse und Mittel der Behörden der Kommunalaufsicht einschließlich des Rechtsschutzes der Gemeinden, aber auch die Möglichkeiten der Konfliktvermeidung aufzuzeigen, um eine effektive Zusammenarbeit auf rechtsstaatlicher Grundlage zu gewährleisten und somit evtl. bestehende Unsicherheiten auszuräumen.

Hierbei gibt die 3. Auflage in neun Kapiteln einen aktuellen und umfassenden Überblick. Erläutert werden dabei unter anderem:

- die geschichtliche Entwicklung der Aufsicht,
 - die Strukturen der Staatsaufsicht,
 - die Abgrenzung zu den internen Kontrollmaßnahmen,
 - die Ausgestaltung der Aufsicht je nach kommunaler Aufgabenart,
 - den Aufbau der Rechts- und Fachaufsichtsbehörden,
 - die Grundzüge der Kommunalaufsicht sowie die einzelnen Aufsichtsmittel,
 - die Grundzüge der Sonderaufsicht/Fachaufsicht sowie die Aufsichtsmittel,
 - die Rechtsschutzmöglichkeiten der Gemeinden sowie
 - die Aufsicht über die kommunale Haushaltswirtschaft.
- (Florian Schilling)

KEN

Im Ruhestand den Laden rocKEN!

Die Vorteile von KEN sind klar: Kommunen können gezielt nach Fachkräften im Ruhestand suchen und Stellenangebote passgenau formulieren. Ruheständler finden sinnvolle Tätigkeiten und können ihr wertvolles Wissen weitergeben. Das stärkt die soziale Teilhabe älterer Menschen. Die Plattform bietet vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten – von Teilzeit über Projektarbeit bis hin zu Ehrenamt. Für Jobsuchende ist KEN kostenlos; Kommunen registrieren sich über INTERAMT.

kommunen-nutzen-expertise.de



© Adobe Stock - Robert Kneschke